

## 2. Sitzung

Berlin, 26. Oktober 2004

Beginn: 9.00 Uhr

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Guten Morgen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie alle herzlich zur abschließenden Plenarsitzung von „Jugend und Parlament“ hier im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine interessante, engagierte, nicht notwendigerweise turbulente Plenardebatte. Bevor wir in die zweite und dritte Lesung der von Ihnen in den Fraktionen und Ausschüssen gestern - wie ich gehört habe, teilweise bis tief in die Nacht - vorbereiteten Gesetzesvorhaben einsteigen, möchten wir Ihnen zunächst die Gelegenheit geben, die verschiedenen Fraktionen des Deutschen Bundestages kennen zu lernen. Alle Fraktionen sind heute Morgen vertreten und werden jeweils fünf Minuten lang sich und ihre Arbeit hier im Plenum vorstellen.

Ich darf zunächst den Vertreter der SPD-Fraktion, den Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering, begrüßen und ihm das Wort erteilen.

(Beifall)

**Franz Müntefering (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich. - Wir leben in einer spannenden Zeit. Ich glaube, uns allen muss bewusst sein, dass viele Dinge, die über Jahrzehnte und Generationen hinweg geschehen sind, heute in der praktischen Politik anders zu beurteilen und zu bewerten sind. Die Globalisierung ist eine der großen Veränderungen, um die es geht.

Die Fähigkeit, Menschen, Güter und Informationen rund um die Welt zu transportieren, hat dazu geführt, dass die Welt kleiner geworden ist und dass globalisierte Unternehmen und eine globalisierte Industrie zur Lebenswirklichkeit geworden sind. Manche glauben noch, man könne für oder gegen die Globalisierung sein. Sie ist aber faktisch eingetreten. Darauf müssen wir uns einstellen.

Die zweite große Veränderung liegt in der Europäisierung. Gott sei Dank wächst Europa. Seit 59 Jahren herrscht Frieden in Europa. Das hat es hier seit Jahrhunderten nicht gegeben. Der Frieden ist ein großer, sehr guter Fortschritt für Europa. Frieden ist aber immer labil; man muss immer dafür kämpfen, dass er erhalten bleibt. Deshalb ist es wichtig, dass die Freundschaft zwischen den Völkern bestehen bleibt. Ich habe als Kind noch gelernt, dass Engländer und Franzosen unsere Feinde sind. Sie standen meinem Vater - er ist Gott sei Dank gesund zurückgekehrt - im Krieg gegenüber.

Sie alle haben etwas ganz anderes gelernt und alles anders erlebt. Inzwischen ist es für uns alle zur Selbstverständlichkeit geworden, in Europa zwischen den Völkern unterwegs zu sein. Das ist auch gut so. Diese Möglichkeit muss man aber pflegen und nutzen. Man muss wissen, dass wir den Wohlstand in unserem Land auf Dauer nur erhalten können, wenn dieses Europa eine leistungsfähige Wohlstandsregion ist. Kein Land, auch nicht Deutschland, kann allein ein Wohlstandsland bleiben. Der Erhalt des Wohlstands kann uns nur gelingen, wenn sich dieses Europa als eine große Wirtschafts- und Friedensregion zusammenschließt, in der die Menschen gut leben können. Wir befinden uns auch in Konkurrenz zu anderen großen Regionen der Welt. Der gesamte amerikanische Kontinent außer Kuba - irgendwann wird auch Kuba dabei sein - arbeitet zusammen. Auch der asiatische Raum gehört zur Konkurrenz: Allein China hat mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern eine mehr als dreimal so große Bevölkerung

wie die Europäische Union mit ihren 450 Millionen Einwohnern.

Die dritte große Veränderung liegt in der demographischen Entwicklung. Wir leben länger, relativ gesund, und arbeiten nicht mehr so lange. Das passt nicht zueinander. Meine Generation lebt heute zehn Jahre länger als die Generation, die 1960 vergleichbar alt war. Jedes zweite Mädchen, das heute geboren wird, wird mindestens 100 Jahre alt, jeder zweite Junge wird wenigstens 95 Jahre alt. Sie alle können sich also auf ein langes Leben freuen; denn für Sie alle gelten nahezu die Zahlen, die ich eben genannt habe.

Wir arbeiten nicht mehr 50 Jahre lang. Früher startete man mit 14 oder 15 Jahren in den Job und ging mit 64 oder 65 Jahren in den Ruhestand. Ich gehöre noch zur Generation, die mit 14 Jahren angefangen hat, zu arbeiten; ich bin jetzt seit 50 Jahren berufstätig. Heute steigen die jungen Menschen im Schnitt mit 21 Jahren in den Beruf ein, viele studieren. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Es studieren nicht zu viele; wir brauchen mehr und nicht weniger Studenten. - Wir gehen heute aber auch im Schnitt mit 59 Jahren in den Ruhestand. Die Lebensarbeitszeit beträgt damit nur noch 38 Jahre. Die Menschen leben zehn Jahre länger, sie erhalten zehn Jahre länger Rente und arbeiten zehn Jahre weniger als früher. Das passt nicht zueinander. Weil das so ist, müssen wir anfangen, den Wandel zu organisieren. Wir sind gerade mittendrin.

Wandel ist anstrengend. Wandel verunsichert. Die Menschen müssen lernen - wir alle erleben das -, dass bestimmte Dinge nicht mehr so sind, wie man das gewohnt war. Wandel ist aber auch die einzige Möglichkeit, wieder Sicherheit für die Zukunft zu gewinnen. Wer den Wandel nicht betreibt, wer die Dinge, die jetzt getan werden müssen, nicht tut, der wird dazu beitragen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten - also in Ihrem Leben - die Gegebenheiten sehr viel schlechter sein werden, als sie heute sind. Wer ernten

will, der muss heute säen. Deshalb muss vor allen Dingen in die Bildung, in die Ausbildung, in die Qualifikation, in die Forschung und in die Technologie investiert werden. Das ist der entscheidende Ansatz.

Mein Appell an Sie lautet: Mischen Sie sich ein! Leider gibt es in Deutschland eine Mentalität, bei der man davon ausgeht, dass es die Politik nicht kann, dass die Politik nichts wert ist, dass man die Konzepte nicht mehr unterscheiden kann und dass man sich da heraushalten sollte. Das ist aber nicht die Methode, mit der man Zukunft gestalten kann. Keiner kann Ihnen die Garantie geben, dass er eine gute Politik macht, dass es gut läuft. Man kann das versuchen. Keiner hat von Anfang an die Wahrheit auf seiner Seite. Entscheidend ist, dass man sich um den richtigen Weg streitet. Das gehört zur Demokratie dazu.

Sie haben sich in verschiedene Fraktionen aufgeteilt, so, wie es sonst hier im Haus auch der Fall ist. Das ist auch gut so. Man muss sich um den richtigen Weg streiten. Zur Demokratie gehören Dialogfähigkeit - man muss miteinander reden und aufeinander hören können-, Streitfähigkeit - man darf nicht immer gleich auf Harmonie setzen, sondern muss sich um den richtigen Weg streiten-, aber auch Kompromissfähigkeit. Man muss sich verständigen können und wissen: Keiner kann allein Recht behalten, im Interesse des Landes müssen gemeinsam Wege gefunden werden.

Ich wünsche Ihnen heute hier eine gute Diskussion und Ihnen persönlich alles Gute für Ihren Lebensweg. Ich appelliere noch einmal: Mischen Sie sich ein! Eine Demokratie braucht Parteien, sie braucht Leute, die bereit sind, zu sagen: Wir wollen uns nicht mit den Dingen, so, wie sie sind, abfinden; wir wollen es im Großen wie im Kleinen besser machen; dafür treten wir an, dafür engagieren wir uns - am besten bei der Sozialdemokratischen Partei.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und

Teilnehmern)

Einige - das weiß ich; das akzeptiert man- sehen das anders. Alle demokratischen Parteien sind wichtig. Ich glaube, dass wir in Deutschland zuversichtlich in die Zukunft gehen können und dass unsere Demokratie besser ist, als manche, die sich an ihr die Füße abputzen, behaupten. Wir haben keine weiteren demokratischen Parteien im Keller, die wir herausholen könnten, wenn die Parteien kaputt wären, die es heute gibt. Deutschland kann stolz sein auf diesen Teil seiner Geschichte, auf diese Demokratie - nach der Einheit zumal.

Viel Glück Ihnen allen! Glückauf!

(Beifall - Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer erheben sich)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Vielen Dank, Herr Kollege Müntefering. Ich schließe mich dem Appell zum politischen Engagement ausdrücklich an. Aufnahmeanträge für einzelne Parteien werden allerdings im Plenarsaal nicht verteilt. Das kann man in der Lobby oder bei den bekannten Adressen nachholen.

Da die Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Angela Merkel, im Augenblick ein Gespräch mit dem französischen Finanzminister führen muss, kann sie heute Morgen leider nicht hier sein. Sie wird durch den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Eckart von Klaeden, vertreten, dem ich nun das Wort erteile.

(Beifall)

**Eckart von Klaeden (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und

Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herzlich begrüßen. Unsere Fraktion ist mit 247 Abgeordneten die zweitgrößte im Deutschen Bundestag. Davon gehören 58 Abgeordnete der CSU an. Wir sind damit die einzige Fraktion, die aus zwei Parteien besteht. Das merkt man einmal mehr und einmal weniger. Wir wollen jetzt dafür sorgen, dass man es wieder weniger merkt.

Herr Müntefering hat die Probleme, die Deutschland hat, schon zutreffend beschrieben: die Herausforderungen der Globalisierung, auf die sich Deutschland weniger erfolgreich als die europäischen Nachbarländer eingestellt hat, und die Herausforderungen des demographischen Wandels. Schon heute gibt es in Deutschland mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige. Ich möchte noch einen Punkt anfügen, der uns weiterhin vor große Herausforderungen stellt - wir hatten gehofft, heute damit weiter zu sein -: die Wiedervereinigung, besser gesagt die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen von 40 Jahren Sozialismus, den es in den fünf neuen Ländern gegeben hat.

Wir erleben jeden Tag, dass in Deutschland Arbeitsplätze verloren gehen - Sie alle haben vor zwei Wochen die Hiobsbotschaften gelesen -, sei es bei Opel oder im Einzelhandel, bei Karstadt und Schlecker. Jeden Tag gehen in Deutschland 1 500 Arbeitsplätze verloren. Wir müssen dafür sorgen, dass es in unserem Land endlich wieder zu einer Wende kommt. Herr Müntefering hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir mehr in Forschung und Bildung investieren müssen. Jedes Jahr verlassen 30 000 bis 35 000 junge Akademiker unser Land, um in anderen Ländern - vor allem in den Vereinigten Staaten, aber auch in benachbarten europäischen Ländern - zu forschen.

Die beschriebene schwierige Lage führt dazu, dass unsere Fraktion im Bundestag nicht allein auf Opposition setzen kann. Wir setzen auf konstruktive Opposition, das heißt, wenn von der Koalition, von der Regierung Vorschläge

gemacht werden, die wir für gut halten, die aus unserer Sicht in die richtige Richtung gehen, dann unterstützen wir das. Dies entspricht unserer Verantwortung gegenüber dem Land und schließlich auch der Erwartung unserer Wählerinnen und Wähler. So haben wir Ende letzten Jahres bestimmte Korrekturen an der Steuerreform beschlossen, wir haben vor gut einem Jahr gemeinsam eine Gesundheitsreform beschlossen.

Wenn aber Entscheidungen aus unserer Sicht in die falsche Richtung gehen, dann müssen wir die Regierung doch mit unserer liebevollen Kontrolle überziehen. Das gehört in einer Demokratie dazu. Wahrheitsannäherung findet im kontradiktorischen Verfahren statt, das heißt, die Demokratie geht von einem aktiven Bürger aus. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, sich ein eigenes Urteil zu bilden; die Parteien, die Fraktionen tragen ihre Ansichten vor.

Manchmal wird ein bisschen verächtlich gesagt, im Deutschen Bundestag würden „nur“ Fensterreden gehalten. Die Verachtung dabei ist falsch, aber im Prinzip ist diese Aussage richtig; denn hier, im Schaufenster der Demokratie, im Parlament, legen die Parteien, die Fraktionen ihre unterschiedlichen Vorstellungen vor und begründen, warum sie für oder gegen eine bestimmte Maßnahme, für oder gegen ein bestimmtes Gesetz stimmen. Es ist die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, sich eine Meinung zu bilden und bei den Wahlen ein Urteil darüber zu fällen, was in den letzten vier Jahren geschehen ist was in den nächsten vier Jahren geschehen soll. Das heißt, eine Zuschauerdemokratie verträgt sich nicht mit unserem Konzept des Parlamentarismus. Deswegen möchte ich mich gern dem Aufruf, weiter politisch aktiv zu sein - die Tatsache, dass Sie hier sind, zeigt, dass Sie politisch interessiert sind -, anschließen. Wer nicht handelt, wird behandelt- das gilt in keiner Staatsform so sehr wie in der Demokratie.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen hat nun deren Vorsitzende, Kollegin Krista Sager, das Wort.

(Beifall)

**Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident! Liebe Gäste! Auch ich darf Sie ganz herzlich in Berlin begrüßen. Ich hoffe, Sie konnten Berlin ein bisschen genießen. Ich freue mich, dass viele junge Menschen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens interessiert sind. Vielleicht können wir bald - es muss ja nicht sofort sein - hier im Bundestag das Staffelholz übergeben. Ich sehe mit Interesse, dass die grünen Reihen hier einen rein männlichen Fraktionsvorstand gewählt haben. Ich habe Diskussionsbedarf in der Frage, ob dies das Zukunftsbild der Grünen sein soll, anzumelden.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Frau Kollegin, der Fortschritt ist unaufhaltsam.

(Heiterkeit und Beifall)

**Krista Sager (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Man kann darüber diskutieren, ob das dann ein Fortschritt ist. Ich glaube, dass jede Generation die Freiheit hat, ihre Bedingungen selbst zu gestalten.

Das ist ein gutes Stichwort für etwas, das mich in der vergangenen Woche - auch mit Blick auf die Zukunft der jungen Generation - besonders gefreut hat: Das Kioto-Protokoll wurde von Russland unterschrieben. Das war die Vor-

aussetzung dafür, dass das Klimaschutzprotokoll endlich in Kraft treten kann.

Mir wäre es natürlich lieb gewesen, wenn auch die USA unterschrieben hätten;

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

aber was nicht ist, kann vielleicht noch werden.

Ich glaube, man muss die Bedeutung der damit verbundenen Fragen gerade auch in einer Zeit, in der wir uns sehr intensiv mit unserer wirtschaftlichen Perspektive beschäftigen, in den Vordergrund rücken. Es ist nämlich eine Tatsache, dass man die Umweltpolitik gar nicht mehr von der Wirtschaftspolitik trennen kann. Derzeit stellt, wie sich in den letzten Tagen bestätigt hat, die Ölpreisentwicklung das Hauptrisiko für unsere wirtschaftliche Entwicklung dar. Die große Nachfrage in den Schwellenländern, aber auch die geostrategischen Risiken in den Ölförderstaaten und die damit verbundenen Spekulationen treiben den Ölpreis in die Höhe. Das heißt, wir müssen eine aktive Umweltpolitik betreiben, um vom Öl und von der Ölpreisentwicklung unabhängiger zu werden.

Hierbei geht es nicht nur um erneuerbare Energien und ums Energiesparen, sondern auch um Innovationen im Chemiebereich, das heißt, um die Suche nach Alternativen für Kraftstoffe, zum Beispiel im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe. Das hat eine unmittelbare Bedeutung für unseren Wohlstand hier, aber auch für die globale Entwicklung. Wenn man im Zuge der Globalisierung versuchen würde, China und Indien auf das Niveau der Industrialisierung, das wir hier erreicht haben, zu heben, bräuchte man angesichts der weltweiten Bevölkerungsentwicklung nicht zu glauben, der blaue Planet werde dies überstehen.

Am Wochenende hat hier die Grüne Welthandelskonferenz mit Referenten und Wissenschaftlern aus aller Welt stattgefunden. Unter anderem ha-

ben Joschka Fischer und der schwedische Schriftsteller Henning Mankell gesprochen. Sie haben sehr deutlich gemacht: Die globalen sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeitsfragen, die ökologischen Herausforderungen und die Friedens- und Sicherheitsfragen - auch die Sicherheitsfragen, die uns betreffen - sind heute so eng miteinander verknüpft, dass man sie überhaupt nicht mehr voneinander getrennt behandeln kann.

Das ist auch wichtig, wenn wir hier vor Ort über Sozialpolitik sprechen: Es geht um Nachhaltigkeit. Es geht darum, ob eine medizinische Versorgung für die Menschen nicht nur heute, sondern auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Es geht darum, ob es in Zukunft solidarische Sicherungssysteme für die Menschen geben wird. Es geht darum, ob die junge Generation angesichts des demographischen Wandels - Herr Müntefering hat davon gesprochen - und angesichts der Belastungen, die aus der Alterung der Gesellschaft resultieren, zu sehr mit steigenden Beiträgen belastet wird. Es geht darum, zu verhindern, dass aufgrund von steigenden Beiträgen und damit einhergehenden steigenden Lohnnebenkosten die jungen Menschen keine Chance mehr haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Es geht darum, sich Spielräume für eine neue Schwerpunktsetzung zu verschaffen: bei der Kinderbetreuung, bei Ganztagschulen, bei Bildung und Forschung. Es geht darum, dass alle Kinder und Jugendlichen die Chance auf einen guten Abschluss erhalten, damit sie einen Arbeitsplatz finden können, und darüber hinaus um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hat etwas mit Teilhabegerechtigkeit für junge Männer und Frauen zu tun.

Das sind die Dinge, mit denen wir uns im Moment sehr intensiv beschäftigen. Es geht um Fragen globaler Gerechtigkeit und um Fragen der Nachhaltigkeit. Ich lade Sie alle ein, auch in Zukunft zusammen mit uns an der Lösung dieser Fragen mitzuwirken.

Danke schön.

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Nun hat der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Dr. Wolfgang Gerhardt, das Wort.

(Beifall)

**Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich als Letzter in dieser Reihe spreche, möchte ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir - Kollege Müntefering, Kollegin Sager, Kollege von Kläden und ich als Vertreter der FDP - Einstellungen abbilden, die es in Ihren Familien und in der Gesellschaft gibt. Es gibt in Deutschland Menschen mit einer etwas konservativen Einstellung. Sie wird in diesem Haus von den Repräsentantinnen und Repräsentanten der CDU/CSU abgebildet. Es gibt eine sozialdemokratische Einstellung zu politischen Fragen, die eine lange Geschichte hat. Sie wird von Herrn Müntefering und seiner Fraktion repräsentiert. In der Nachkriegsgeschichte sind die Grünen hinzugekommen, die eine ökologische Akzentsetzung repräsentieren. Außerdem gibt es meine Fraktion, welche die Grundeinstellung des politischen Liberalismus vertritt. Der Liberalismus ist eine Konzeption, die nicht so sehr staatsorientiert ist, sondern freiheitlich auf die individuelle Verantwortung abzielt.

Wir setzen uns hier auseinander. Manchmal glückt es, manchmal geht es schief; manchmal wird es sehr polemisch und manchmal ist es eine sehr faire Debatte.

Ich sage das deshalb zu Beginn, weil ich Sie bitten möchte, in Ihrem Bekanntenkreis und in Ihren Familien dafür zu werben, dass das Parlament das Spiegelbild der Gesellschaft ist - mit ihren unterschiedlichen Auffassungen, mit ihren unterschiedlichen Einstellungen - und dass das, was zu Hause in der Familie oder im Freundeskreis kontrovers besprochen wird, hier im Parlament seine öffentliche Abbildung findet. Ich kenne kein anderes staatliches System, in dem ich leben möchte, als das einer freiheitlich verfassten Demokratie. Dabei muss ich es ertragen, dass andere anderer Auffassung sind als ich. Die anderen allerdings müssen akzeptieren: Es gehört zur erfolgreichen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass es geglückt ist, diese Grundeinstellungen hier im Parlament abzubilden.

Wie kann es uns bei neuen weltweiten Unsicherheiten gelingen, Freiheit zu bewahren? Bei allen Problemen, die wir in Deutschland haben, streiten wir uns hier immer noch auf relativ hohem Niveau über Veränderungen. Die Lebensherausforderungen, denen wir uns stellen müssen, sind noch nicht so dramatisch, wie es in einigen Gesellschaften außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union der Fall ist. Wir müssen ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass es nicht reicht, Institutionen wie das Parlament zu haben und alle vier Jahre wählen zu gehen. Eine Gesellschaft muss in eigener Verantwortung Anteilnahme am öffentlichen Leben und am Fortgang der Gesellschaft herausbilden. Das ist ganz entscheidend.

Meine Vorredner haben dies mit der Aufforderung, sich zu engagieren, angedeutet. Dem kann ich mich nur anschließen. Es steht Ihnen völlig frei, in welcher politischen Grundeinstellung Sie es tun, aber Sie sollten etwas tun. Ein Staat, der sich zu einer Zuschauerdemokratie entwickelt, bei der die Akteure von allen kritisch bewertet werden, aber niemand sich fragt, was man selbst tun

kann, der kann nicht erfolgreich sein.

Im Geschichtsunterricht wird als Beispiel das Scheitern der ersten deutschen Demokratie in der Weimarer Republik gelehrt. Eine geschriebene Verfassung - die war fast so gut und genauso freiheitlich wie das Grundgesetz - gab es auch in der Weimarer Republik. Aber wenn eine Gesellschaft Freiheit nicht leben will, dann wird eine geschriebene Verfassung sie nicht retten. Das ist der Grund meines Engagements, das ist meine politische Grundeinstellung. Bei mir steht Freiheit ganz oben. Wir brauchen Fairness im Umgang miteinander. Gesetze reichen nicht aus. Sie müssen zivilisatorische Tugenden entwickeln, um miteinander umzugehen.

Die Schule kommt zu spät. Wenn Sie diese Tugenden im Elternhaus nicht gelernt haben und wenn eine Gesellschaft diese nicht per Familie vermittelt bekommt, dann kommen der Lehrer und die Lehrerin zu spät. Das, was an Lebenseinstellung grundgelegt wird, geschieht vor der Schulzeit. Wir brauchen Regeln, die eine zivilisatorische Gesellschaft herausbilden, ohne dass sie gesetzlich dazu verpflichtet wäre. Wir brauchen sie im Wettbewerb, im wirtschaftlichen wie auch im politischen. Dazu gehört das, was nach dem Grundgesetz unveräußerlich ist: die Menschenwürde.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wir haben gegenwärtig eine politische Auseinandersetzung - damit will ich abschließen -, die die Diskussion in der Gesellschaft widerspiegelt und diese spaltet: In welchem Tempo müssen wir Veränderungen vornehmen? Ich gehöre zu denen, die sagen: möglichst schnell, weil die Zeit kaum noch ausreicht, um neue Chancen für die nachwachsende Generation zu schaffen. Wir haben zu lange gezögert. Hinzu kommt, dass in Deutschland eher eine

Mentalität der Staatsorientierung vorherrscht, als dass der Blick darauf gerichtet wird, was der einzelne selbst tun könnte.

Ich glaube, dass wir vor der großen Frage stehen, wie schnell wir den Strukturwandel bewältigen. Je schneller wir ihn bewältigen und je klarer die Ziele der Veränderungen benannt werden, desto größer ist nach meiner Auffassung die Chance, die Bevölkerung davon zu überzeugen. Man braucht politische Führung und Courage, wenn man die sozialen Sicherungssysteme verändern will. Ganze Generationen haben diese bisher so gesehen, wie sie sind. Denen muss man zeigen, dass neue soziale Chancen auch in anderen Systemen entstehen können. Wenn man das nicht frühzeitig und mit eigener Überzeugung tut, wird man scheitern.

Sie wissen aus Ihren Familien alle, dass die alten sozialen Sicherungssysteme nicht mehr tragen. Daher sollten Sie dafür werben, dass sich die Gesellschaft mit Politik auseinander setzt. Man muss sagen, dass Veränderungen notwendig sind, weil es schlicht der Wahrheit entspricht. Dann liegt es immer noch in der Entscheidung eines jeden einzelnen, zu beurteilen, ob diese Veränderungen schneller oder langsamer vor sich gehen sollen.

Aber Deutschland wird nur wieder ein Land mit Chancen, Deutschland bleibt nur ein Land mit freiheitlicher Verfassung, wenn wir die jetzigen Probleme des strukturellen Wandels durchstehen und so zügig wie möglich bearbeiten. Das bedeutet: nach vorn blicken! Wir sind eine der größten Volkswirtschaften der Welt. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Wir sind nicht klüger, aber auch nicht dümmer als die anderen. Wenn wir Engagement zeigen, können wir in der Weltliga wieder weit nach vorne kommen, und zwar mit den Kriterien, die wir brauchen: in Freiheit, in Fairness und in Frieden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Ich danke allen vier Kolleginnen und Kollegen für ihre Beiträge und die Vorstellung ihrer Fraktionen. Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt ab.

Bevor wir in die weitere Tagesordnung eintreten, möchte ich darauf hinweisen, dass nach einer gemeinsam getroffenen Vereinbarung von der Frist, nach der die Beratung von Vorlagen frühestens am dritten Tag nach Verteilung der Drucksachen beginnt, abgewichen werden soll. Sind Sie mit dieser Vereinbarung einverstanden? - Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(Zuruf des Abg. Eckart von Klaeden (CDU/CSU))

- Der Kollege von Klaeden, der als Parlamentarischer Geschäftsführer für solche Fristen in besonderer Weise verantwortlich ist, ist ganz beeindruckt, wie geräuschlos eine solche Vereinbarung bei einem gut besetzten Plenarsaal herbeigeführt werden kann.

(Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich habe nicht widersprochen!)

Er wird das als leuchtendes Beispiel in die nächsten Beratungen weitergeben.

(Heiterkeit)

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der APD, KVP und ÖSP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum verbesserten Schutz junger Menschen vor Gefahren des Alkoholkonsums**

- Drucksache 1/2 -  
(Erste Beratung 1. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des

Jugendausschusses

- Drucksache 1/6 -

Dazu liegen je ein Änderungsantrag der Fraktion KVP, der Fraktion der ÖSP und der Fraktion der LRP sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion der LRP vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die nun folgende Aussprache 30 Minuten vorgesehen. - Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann haben wir das so vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst die Kollegin Waltraud von und zu Müller für die APD-Fraktion.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Waltraud von und zu Müller** (APD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Junge Menschen sind unsere Zukunft. Dieser viel zitierte Satz soll uns das wahre Potenzial unserer Gesellschaft vor Augen führen: unsere Kinder und Jugendlichen. Doch was tun wir konkret für unseren Nachwuchs und, vor allem, wie schützen wir ihn vor den unzähligen Gefahren in unserer Gesellschaft? Eine dieser Gefahren ist die stetig steigende Nachfrage nach den spirituosehaltigen Limonademixgetränken, den so genannten Alcopops.

Als stellvertretende Vorsitzende des Jugendausschusses bin ich sehr stolz darauf, dass wir unter konstruktiver Mitarbeit des Verbraucherschutz- und des Finanzausschusses einen guten, tragfähigen Kompromiss zu diesem Thema erzielt haben. Dieser Gesetzentwurf zum verbesserten Schutz junger Menschen vor den Gefahren des Alkoholkonsums beinhaltet alle wesentlichen

Aspekte. So stellt die vorgesehene Gleichbehandlung von Zigaretten und Alcopops in der Werbung eine wichtige Maßnahme dar. Der präventive Charakter dieses Gesetzes wird in den §§ 3 und 5 deutlich, wenn etwa die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Sondersteuer der Suchtprävention zugute kommen und Kampagnen ausgeweitet werden. Ebenso ist der praktische Bezug durch den § 4 gegeben, der konkrete Hinweise auf das Jugendschutzgesetz sowie eine deutliche Zuordnung der Alcopops zu den Spirituosen vorsieht. Nicht zuletzt ist der zukunftsweisende Charakter dieses Gesetzes zu unterstreichen. Denn indem wir schon jetzt auf die Entwicklung der jüngsten Vergangenheit eingehen und die wasserlöslichen Alcopops in Pulverform ebenfalls in dieses Gesetz aufnehmen, schaffen wir ein innovatives und zugleich präventives Gesetz.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich möchte an jeden einzelnen von Ihnen appellieren: Verhindern Sie nicht aus machtpolitischen oder kleinkarierten Gründen dieses großartige Gesetz,

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

sondern lassen Sie uns dieses Gesetz mit einer großen Mehrheit so beschließen. Denn alle vier Fraktionen sollten sich letztlich nur dem einen Ziel verpflichtet fühlen: dem Schutz unserer Kinder.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Herzlichen Dank - insbesondere für die Punktlandung hinsichtlich der Redezeit.

Als nächstem Redner erteile ich nun dem Kollegen Jürgen Richter für die Konservative Volkspartei das Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Jürgen Richter** (KVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn dieser Debatte sind zwei Punkte festzustellen:

Erstens. Für die KVP-Fraktion steht außer Zweifel, dass der Alkoholkonsum von Jugendlichen in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Wir arbeiten gern daran mit, etwas dagegen zu unternehmen. Sie haben sicher schon von Alcopops gehört; dieses Thema ist bekannt. Es ist Ziel der KVP, Jugendliche vom Alkoholkonsum abzuhalten. Über dieses Ziel haben wir bereits im Ausschuss gesprochen.

Zweitens. Die Jugendlichen fangen mittlerweile in immer jüngerem Alter an, Alkohol zu konsumieren. Früher gab es nicht so viele Mixgetränke wie heute. Alcopops schmecken süßlich, wodurch der Alkoholgehalt vertuscht wird. Wenn Sie schon einmal Alcopops getrunken haben, werden Sie festgestellt haben: Alkohol, den kann ich kaum darin schmecken.

Es ist eine erschreckende Bilanz, dass heutzutage 29 Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 15 Jahren mindestens einmal im Monat Alcopops konsumieren. Noch erschreckender ist die Bilanz bei Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren; hier liegen die Zahlen bei 53 Prozent. Seit 2001 ist der Umsatz von Alcopops um 341 Prozent gestiegen.

(Zuruf: Die Bundesregierung hat nichts getan! -  
Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir, die KVP, wollen eine Sondersteuer auf Alcopops einführen, die sich auf 1,50 Euro pro 275-ml-Flasche beläuft.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Mit diesen Einnahmen wollen wir den jungen Leuten helfen. Wir wollen sie beraten. Denen, die schon süchtig sind, wollen wir helfen, von der Sucht wegzukommen. Auf diesem Gebiet wollen wir Kampagnen fahren. Es werden Einnahmen in Millionenhöhe entstehen. Die Produktion wird zurückgehen. Substitution ist durch eine solche Steuer nicht zu erwarten.

Uns, der KVP, liegt die Gesundheit der Menschen sehr am Herzen. Deshalb bitten wir Sie, diesem Gesetzentwurf der KVP zuzustimmen. Denken Sie bitte an die Jugend der Zukunft und der von heute!

Danke.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Für die Ökologisch Soziale Partei erhält nun der Kollege Wolfgang Hauck das Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Wolfgang Hauck (ÖSP):** Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ebenso wie meine Vorredner sieht auch die ÖSP große Probleme beim Umgang von Jugendlichen mit Alkohol. Um die Situation zu verbessern, haben wir mit diesem Gesetzentwurf einige wichtige Punkte eingebracht. Besonders wichtig für uns ist das allgemeine Werbeverbot. Die Alkoholindustrie versucht mit ihren Werbespots gezielt, ein trendy und cooles Image zu vermitteln, sodass Jugendliche mehr Alcopops kaufen. Dies versuchen wir durch ein allgemeines Werbeverbot zu verhindern.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und

Teilnehmern)

Ein eingeschränktes Werbeverbot reicht uns nicht, da wir es für sehr schwer kontrollierbar halten, wofür und mit welchen Medien geworben werden darf. Wir brauchen mehr Kontrolle, damit die Alkoholindustrie nicht mehr so wie jetzt werben kann.

Uns ist der Schutz der Jugendlichen wesentlich wichtiger als finanzielle Interessen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir halten es für verwerflich, dass einige Fraktionen die finanzielle Situation offenbar für wichtiger halten als den Jugendschutz. Dem kann ich nicht zustimmen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Auch im Grundgesetz ist der Jugendschutz verankert. Ich bin der Meinung, der Jugendschutz würde bei Annahme unseres Änderungsantrages zu § 1 deutlich besser gewährleistet, als das bei einem eingeschränkten Werbeverbot der Fall ist.

Eine Ausweitung des Dosenpfands auf Alcopops konnten wir leider nicht durchsetzen. Wir halten das Dosenpfand dennoch für allgemein sinnvoll.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Hier mussten wir leider Kompromissbereitschaft zeigen. Dies haben wir getan, um das Gesetz durchsetzen zu können.

Eine Erhöhung der Sondersteuer halten wir für besonders wichtig. Eine Abschaffung der Sondersteuer, wie es die LRP vorschlägt, halten wir für absolut unverantwortlich, da die Sondersteuer unserer Meinung nach ein wichtiges

Werkzeug ist, um den Jugendlichen den Zugang zu Alcopops zu erschweren.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Um eben diesen Zugang der Jugendlichen zu Alcopops zu erschweren, halten wir es ebenso für sinnvoll, dass Alcopops zukünftig nur noch im Spirituosenregal angeboten werden dürfen und sowohl an diesem Regal als auch auf den Flaschen deutlich lesbare Warnhinweise angebracht werden, sodass auch die Öffentlichkeit sieht, dass diese Getränke nicht für Jugendliche bestimmt sind.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Kampagnen zur Aufklärung sowohl von Jugendlichen als auch Erwachsenen halten wir für sehr sinnvoll; wir möchten diese fortführen und erweitern. Wir sind der Meinung, dass auch Eltern und Verkäufer besser geschult werden müssten, da viele den Ernst der Situation bisher nicht erkannt haben und den Einfluss von Alcopops unterschätzen. Durch diese Kampagnen wollen wir der Öffentlichkeit deutlich machen, dass der Verkauf von Alcopops an Jugendliche unter 18 Jahren illegal ist.

Wir haben auf die Alkoholindustrie reagiert. Diese hat in letzter Zeit pulverförmige Alcopops angeboten, die in früheren Gesetzen nicht beachtet wurden. Diese pulverförmigen Alcopops wollen wir nun in unser Gesetz einbeziehen.

Ich bitte Sie also, sich noch einmal Gedanken darüber zu machen, ob ein allgemeines Werbeverbot nicht wesentlich sinnvoller ist als ein eingeschränktes Werbeverbot.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir als ÖSP sehen nur so den Jugendschutz verwirklicht. Nur so können wir die

Jugend effektiver schützen, als es bisher der Fall ist.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Nächster Redner ist der Kollege Joachim Kastner für die Liberale Reformpartei.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Joachim Kastner (LRP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Niemand von uns ist damit einverstanden, wenn junge Menschen sich betrinken. Besonders Alcopops haben das Problem verschärft. Deshalb soll eine Sondersteuer diese süßen Mixgetränke unattraktiver machen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir von der LRP stellen fest: Eine Sondersteuer hat nicht die gewünschte Wirkung - der Alkoholkonsum wird nur verlagert. Schon gibt es Hersteller, die das Gesetz durch eine Änderung der Rezeptur umgehen. Oder Jugendliche kaufen für die abendliche Party eben keine Alcopops, sondern andere alkoholische Getränke sowie Säfte zum Mixen und umgehen damit die Sondersteuer. Das, meine Damen und Herren, ist nicht das Ziel.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Möchten Sie, dass wir in vielleicht zwei Jahren die nächste Steuer einführen, wenn ein neues Getränk, das den Alcopops ähnlich ist, auf den Markt gebracht wird? Die Politik kann der Realität nur hinterherrennen; denn sie kann nicht alle möglichen Fälle vorausschauend bedenken.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Mit der Sondersteuer wird den Jugendlichen zudem nicht die Gefahr verdeutlicht, die von Alcopops ausgeht. Die Jugendlichen sehen zwar, dass es eine Sondersteuer gibt und die Alcopops teurer werden. Das heißt aber nicht, dass sie Alkohol generell als schlecht erachten - sie kaufen eben andere Alkoholika. Aus den genannten Gründen lehnt die LRP-Fraktion die Sondersteuer ab.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wir unterstützen aber die Ausweitung der Werbekampagnen gegen Alkohol, der Präventionskampagnen, ebenso eine Reglementierung derjenigen Werbung für Alcopops und alkoholische Getränke, die auf Jugendliche zielt. Auf diese Weise werden Jugendliche, Eltern, aber auch andere auf die Gefahren des Alkoholkonsums - egal welche Getränkeart; nicht nur Alcopops - aufmerksam gemacht. Das ist präventiv. Die Sondersteuer wirkt nur kurzfristig; indirekt werden andere Alkoholika damit sogar gefördert. Dagegen lässt sich durch Aufklärung der Alkoholkonsum langfristig einschränken, unabhängig von der Getränkeart.

Aktuellen Studien zufolge beachten 70 Prozent der Verkaufsstellen nicht das Jugendschutzgesetz. Durch Warnhinweise sind die Mitarbeiter in den Verkaufsstellen über die Rechtslage aber sehr wohl informiert. Deswegen fordert die LRP-Fraktion von der Bundesregierung, dass für eine Nichtbeachtung des Jugendschutzgesetzes künftig härtere Strafen gelten.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie sind von unserer Position

überzeugt und werden unserem Antrag zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Für die Arbeiterpartei Deutschlands spricht nun der Kollege Hans-Peter Petersen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Hans-Peter Petersen (APD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Um kurz auf meine Vorredner einzugehen: Ich glaube, wir haben alle - na ja, fast alle - die gleiche Meinung zu diesem wirklich essenziellen Thema. Ich will Ihnen sagen, warum Sie unserem Gesetzentwurf, dem der APD, zustimmen sollen: Unserer ist der am weitesten gehende.

Ich, Hans-Peter Petersen, habe vier Kinder und weiß, wovon ich spreche. Jugend- und Verbraucherschutz ist mir eine Herzensangelegenheit. Stellen Sie sich einmal folgende Situation vor: Ein Jugendlicher von 14 Jahren spricht mit seinem zwölf Jahre alten Freund: „Hast du schon mal Rigo probiert? Schmeckt nach Limo und macht blau.“ An genau demselben Abend schaut dieser Zwölfjährige nun fern und sieht den Ihnen sicherlich bekannten Werbespot von Rigo. Dieser suggeriert ihm: Eine Party läuft, Rigo kommt und alles wird besser. Am Freitagabend dann: Eine kleine Feier mit Freunden- Rigo ist auch schon da. Der zwölf Jahre alte Jugendliche probiert zum ersten Mal Alkohol, es schmeckt ihm. Die Party läuft, der Rigo fließt in Strömen. Quintessenz des Ganzen: der erste Vollrausch.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Hans-Peter Petersen (APD):** Ja.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Bitte schön.

**Oliver Lehmann (ÖSP):** Herr Kollege, Sie sprachen gerade über den Rigo-Werbespot. Ihre Fraktion unterstützt ja ein generelles Werbeverbot in Bezug auf Alcopops. Haben Sie eine davon abweichende Position?

(Zurufe)

**Hans-Peter Petersen (APD):** Ich lasse die Frage zu und werde sie Ihnen gerne beantworten - ich bitte kurz um Ruhe -: Ich bin für ein generelles Werbeverbot, denn wie wollen Sie „differenziert werben“? Wollen Sie die Plakate nur nachts aufhängen?

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wollen Sie Alkoholspots - ich nenne sie jetzt einmal so - nur nachts zeigen, wenn Kinder und Jugendliche angeblich schlafen? Das geht nicht. Deswegen bin ich für ein generelles Werbeverbot in Bezug auf Alcopops.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zurück zu dem Szenario, das ich eben beschrieben habe: Es ist kein Einzelfall. Ich habe vor drei Wochen den „Focus“ gelesen und war erschrocken.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zurufe: Oh!)

Ich hoffe, auch Sie haben es gelesen und waren genauso erschrocken wie ich.  
Das Durchschnittsalter für den ersten Vollrausch liegt bei 14,6 Jahren -  
Tendenz: fallend. 14,6 Jahre, das ist eine Horrorzahl!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Große Mitschuld daran tragen die limoartigen Alcopops.

Kinder und Jugendliche sind körperlich durch Alkoholkonsum in besonderem Maße gefährdet. Die Gefahr chronischer Schäden der Organe, des Skeletts und der Muskulatur sind besonders groß, ganz zu schweigen davon, dass der junge Körper von Drogen sehr schnell abhängig werden kann. Wie Sie hoffentlich wissen, ist Alkohol eine sehr schwere Droge, an der viele Menschen sterben. Die Jugendlichen verbauen sich damit ihre Zukunft.

Durch meine Funktion als Anwalt kenne ich auch die charakterlichen Veränderungen Jugendlicher unter Alkohol bzw. im Alkoholrausch: Sie reagieren aggressiv, neigen zu Gewalttaten gegen Mitmenschen und gegen fremdes Eigentum und werden damit straffällig.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Hans-Peter Petersen (APD):** Die Zahlen wurden vorhin schon genannt; deswegen kann ich diesen Punkt gut überspringen. 29 Prozent der 14- bis 15-Jährigen

(Zuruf: Die wollten Sie überspringen!)

- nur noch einmal zur Erinnerung, damit auch du es weißt -,

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

und 53 Prozent der 16- bis 17-Jährigen hatten schon einmal einen Vollrausch.  
Dies widerspricht § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Jugendschutzgesetzes.

Deswegen appelliere ich an Sie, dem Gesetzentwurf der APD  
zuzustimmen. Es ist der am weitesten gehende und es muss alles  
Menschenmögliche getan werden, um das Wertvollste zu schützen, was wir  
haben: unsere Kinder.

Danke schön.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Nächster Redner ist für die KVP-  
Fraktion Richard Kraus.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Richard Kraus (KVP):** Herr Bundestagspräsident! Meine Damen und  
Herren! Ich möchte kurz die Haltung der KVP zum Thema Jugendschutz und  
Alcopops, zu den §§ 3, 4 und 5 des vorliegenden Gesetzentwurfs erläutern.  
Was wir in Deutschland brauchen, ist die Bekämpfung von Ursachen, nicht  
sinnlose Debatten über bestehende Missstände.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wir haben ein Jugendschutzgesetz und nach diesem ist die Abgabe von

Alcopops an Minderjährige verboten. Trotzdem sind wir hier, um ein Gesetz zu verabschieden, das den Alkoholkonsum Jugendlicher unterbinden soll. Als Hauptursache sieht die KVP die unrechtmäßige Abgabe durch Verkäufer: Drei von vier Geschäften geben Alcopops an Jugendliche ab, obwohl dies nicht erlaubt ist. Dies muss unterbunden werden. Es gibt entsprechende Hinweise auf den Flaschen und an den Regalen. Durch die verpflichtende Einordnung der Alcopops in die Spirituosenregale wird ein weiterer Warnhinweis gegeben: Alcopops sind den herkömmlichen Spirituosen gleichzustellen.

Die Kampagnen „Kinder stark machen“ und „Bist du stärker als Alkohol?“ müssen unterstützt und unbedingt erweitert werden. Nur eine aufgeklärte Jugend wird sich aktiv gegen Alkohol entscheiden. Auch für Verkäufer und Verkäuferinnen wird die Hemmschwelle steigen, Alcopops unrechtmäßig an Jugendliche abzugeben. Wir dürfen auch nicht vergessen, wer den größten Einfluss auf unsere Jugend hat: Das sind immer noch die Eltern.

Schließlich haben wir in § 5 unseres Gesetzentwurfes die Definition des Begriffs „Alcopops“ erweitert, um auf die aktuellen Geschehnisse am Markt einzugehen. Ich denke, es ist wichtig, aktuell zu bleiben; das bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung.

Es wurde eine Verschärfung der Gesetzeslage vorgeschlagen. Die KVP meint dazu: Wir haben bereits Strafmaßnahmen; wir müssen diese nur konsequent durchsetzen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Abschließend möchte ich als zweifacher Vater und als Lehrer an Sie plädieren: Stimmen Sie dem Gesetzentwurf der KVP zu! Wir als gewählte Volksvertreter müssen ein Zeichen setzen: Unsere Jugend ist uns wichtig und

wir möchten sie bestmöglich schützen.

Danke.

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Ich erteile für die Arbeiterpartei Deutschlands Albert Schmidt das Wort.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Albert Schmidt (ADP):** Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Wir stimmen grundsätzlich überein: Alcopops sind schädlich, wie es uns mein Kollege ja gerade präsentiert hat.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Wir sind uns darüber einig, dass der Alkoholkonsum Minderjähriger zugenommen hat und dass dies bedenklich ist. Ich weiß selbst aus meiner Erfahrung als Lehrer, dass der Werteverfall in unserer Gesellschaft gerade bei jungen Menschen weiter voranschreitet, die Schulleistungen sinken und Jugendliche in eine soziale Schieflage geraten können.

Wir sind uns aber leider Gottes nicht darüber einig, wie weit ein Werbeverbot gehen soll.

(Zuruf: Warum denn nicht?)

Die Mehrheit ist der Meinung, wir sollten jegliche diesbezügliche Werbung verbieten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Das ist legitim. Ich möchte jedoch zu bedenken geben, was für Folgen das hätte. Es ist klar für uns: Wir müssen Minderjährige schützen. Aber wir dürfen den Volljährigen auch nicht ihr Recht nehmen, zu trinken, was sie wollen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es wurde gesagt, wir sollten das Verbot für diesbezügliche Werbung an das Werbeverbot für Tabak anlehnen. Aber wir gehen ja viel weiter, wir sagen: Alcopops, egal auf welcher Basis sie gebraut sind - ob auf Branntwein-, Bier- oder Weinbasis -, sollen nur an über 18-Jährige verkauft werden dürfen. Damit gehen wir weiter als die bisherige gesetzliche Regelung. Wir wollen das Produkt unattraktiv machen, indem wir eine Sondersteuer draufschlagen, die wir noch erhöhen.

(Zuruf: Das ist gegen die demokratischen  
Grundsätze!)

- Das bezweifle ich, Herr Kollege.

(Zurufe: Gegen die demokratischen Grundsätze! -  
Fragen Sie den Bundestagspräsidenten! - Beifall bei  
einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Meiner Meinung nach verstößt es gegen die demokratischen Grundsätze, zu verbieten, für ein Produkt zu werben. Es steht jedem Menschen in diesem Lande frei, zu kaufen, was er möchte. Und ich finde, es ist das Recht eines jeden, für sein Produkt zu werben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern- Zuruf: Dann lassen wir doch auch für  
Tabak werben!)

Aber die Jugend muss auch geschützt werden. Deshalb wollen wir ein

beschränktes Verbot. Nur darum geht es: dass wir die Minderjährigen schützen - aber die Erwachsenen nicht bestrafen.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Herr Kollege, darf auch Ihnen eine Zwischenfrage gestellt werden?

**Albert Schmidt (ADP):** Nein, tut mir Leid, das möchte ich nicht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wenn wir jetzt ein totales Werbeverbot in Bezug auf Alcopops einführen, was ist dann der nächste Schritt? Werden wir weitere Verbote einführen? Als Nächstes für die Tabakwerbung, ganz konform? Wollen wir danach die Mädels auf der „Bild“-Zeitung verbieten, weil einige Konservative der Meinung sind, dass der weibliche Körper etwas Hässliches sei und wir unsere Kinder vor dem Anblick schützen müssten, oder andere Probleme damit hatten? Das kann es doch nicht sein!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich möchte mich an die Grünen wenden.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Das müssen Sie allerdings sehr schnell tun, weil Ihre Redezeit erschöpft ist.

**Albert Schmidt (ADP):** Ich möchte an Ihre Vernunft appellieren, auch wenn ich befürchte, dass Sie nicht vernünftig sind: Jeder Mensch soll kaufen können, was er möchte; aber wir müssen unsere Jugendlichen schützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Da vorhin durch Zwischenruf nach der Erläuterung des Bundestagspräsidenten zu demokratischen Grundsätzen gefragt wurde, will ich zwei knappe Hinweise geben. Erstens. Zu den demokratischen Grundsätzen gehört, dass jede Auffassung vertreten werden darf - selbst der größte Unfug.

(Heiterkeit und Beifall)

Zweitens. Ein unumstößlicher demokratischer Grundsatz ist, dass die Mehrheit entscheidet, was gilt - selbst wenn es sich um den größten Unfug handelt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Nun fahren wir in unserer Rednerliste fort. Als Nächster erhält das Wort der Kollege Martin Naumann für die Konservative Volkspartei.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Martin Naumann (KVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie sehen, herrscht hier größtenteils Konsens. Die KVP-Fraktion hat jedoch, wie Sie wissen, einen Änderungsantrag eingebracht. Dieser liegt Ihnen vor und entspricht dem der ÖSP. Unter Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Jugendausschusses wird die Angleichung der Bestimmungen für die Alcopopwerbung an die bestehenden Regelungen für Tabakwerbung gefordert. Diese Beschlussempfehlung haben Sie im

Jugendausschuss durchgesetzt; wie es allerdings scheint, können sich manche von Ihnen daran nicht mehr genau erinnern.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir aber sind der festen Überzeugung, dass diese Einschränkungen nicht genug sind, um Herr des Problems zu werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Eines muss doch klar sein: Wir können Äpfel nicht mit Birnen vergleichen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern- Zurufe: Oh!)

Nicht umsonst ist der Tabakkonsum schon ab 16 Jahren erlaubt, der Konsum von Alcopops aber erst nach Erlangen der Volljährigkeit. Es existiert ein grundlegender Unterschied in Art und Zielgruppe der Werbung für diese beiden Produkte: Tabakwerbung richtet sich an alle Altersgruppen, Werbung für Alcopops hingegen zielt - um das beurteilen zu können, muss man kein Marketingexperte sein - direkt und ausschließlich auf Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deshalb sage ich Ihnen: Die Alcopopwerbung muss allumfassend verboten werden. Die moralische Dreistigkeit, mit der die Hersteller hier agieren, können wir nicht einfach hinnehmen- das wäre schlicht und einfach verantwortungslos.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die vom Jugendausschuss vorgeschlagenen Regelungen, um den Alkoholkonsum zu unterbinden, sind zwar umfangreich, aber sie sind leider nicht konsequent zu Ende gedacht. Ich möchte Ihnen hierfür nur ein kleines Beispiel geben: Das Tabakwerbeverbot gilt zum Beispiel nicht für Magazine bzw. Zeitschriften. Ich frage Sie: Welcher Jugendliche liest denn kein Magazin oder wirft nicht zumindest im Elternhaus einen Blick in ein solches? Kurzum: Die Regelung für Tabakwerbung ließe den Alcopopherstellern zu viele Freiräume. Deshalb fordern wir ein generelles und allumfassendes Werbeverbot.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Seien Sie doch bitte ehrlich: In der schriftlichen Begründung, warum Sie eine Regelung wie für die Tabakwerbung wollen, schreiben Sie: „Einem generellen Werbeverbot können wir aus rechtlichen Gründen nicht zustimmen.“ Ich frage Sie: Was sind denn diese „rechtlichen Gründe“? Es gibt sie nicht. Ein generelles Werbeverbot ist moralisch, gesellschaftspolitisch und auch rechtlich ohne Einschränkung vertret- und durchsetzbar.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bitte Sie: Stimmen Sie dem Änderungsantrag der KVP-Fraktion zu - zum Wohle unserer Jugend!

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Carlo Schmid für die Arbeiterpartei Deutschlands.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Carlo Schmid** (APD): Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Genossen und Genossinnen!

(Teilweise Beifall - Teilweise Lachen - Willi Winkler  
(KVP): Wir sind hier nicht in der Volkskammer! -  
Heiterkeit und Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

In meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Arbeiterpartei möchte ich zum Ende der Aussprache unsere Position noch einmal ganz deutlich darlegen.

Seit der Markteinführung von Alcopops verzeichnen wir einen drastischen Anstieg des Alkoholkonsums in unserer Gesellschaft. Laut einer Marktanalyse der Universität Bielefeld trinken 25 Prozent der weiblichen und 37 Prozent der männlichen unter 15-Jährigen regelmäßig Alkohol.

(Theresa König (KVP): Gut so! - Lachen und Zurufe)

Deshalb müssen wir die Sondersteuer auf Alcopops erhöhen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir schaffen damit eine finanzielle Hürde und beseitigen die Möglichkeit, Alcopops bei Aldi für Billigpreise einzukaufen. Der Zugang zu diesen Getränken wird Jugendlichen damit erschwert. Das ist elementar wichtig.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Zudem sprechen für die drastische Erhöhung der Sondersteuer die Erfahrungen, die unsere europäischen Nachbarn gemacht haben. Hier will ich

vor allem Frankreich erwähnen, das damit sehr große Erfolge erzielt hat.

Eine Pflicht, Alcopops zusätzlich zu kennzeichnen, ist notwendig. Zurzeit gibt es auf dem deutschen Markt über 2 500 koffeinhaltige Erfrischungsgetränke. Eine gesonderte Kennzeichnung ist erforderlich, da viele Alcopops als koffeinhaltige Erfrischungsgetränke gehandelt werden. Hier ist eine Änderung erforderlich, um das bestehende Abgabeverbot umsetzen zu können.

(Willi Winkler (KVP): Unterschätzen Sie die  
Intelligenz der Bevölkerung nicht!)

- Dazu muss ich keinen Kommentar abgeben.

Ich bitte jeden Abgeordneten, jede Abgeordnete, jeden Einzelnen von Ihnen, noch einmal in sich zu gehen und an sein Gewissen zu appellieren. Kinder sind das Wichtigste, was wir haben.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir müssen sie beschützen; denn wir haben sie schließlich nur einmal.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den von den Fraktionen der APD, der KVP und der ÖSP eingebrachten Gesetzentwurf zum verbesserten Schutz junger Menschen vor den Gefahren des Alkoholkonsums; sie finden ihn auf der Drucksache 1/2. Der Jugendausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 1/6, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen müssen.

Auf den Drucksachen 1/10 und 1/11 liegen gleich lautende Änderungsanträge der Fraktionen der KVP und der ÖSP vor. Ich gehe davon aus, dass wir über diese beiden Änderungsanträge gemeinsam abstimmen können.

(Oliver Lehmann (ÖSP): Die ÖSP zieht den Änderungsantrag zurück!)

- Dann haben wir nur noch einen Änderungsantrag, den der KVP. Ich rufe ihn hiermit zur Abstimmung auf. Wer diesem Änderungsantrag der KVP zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der LRP auf Drucksache 1/12. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Das wird nicht reichen. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? -

(Berti Thorsten Suffke (KVP): Das wird nicht reichen!)

Wer enthält sich der Stimme? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es ist beantragt worden, sofort in die dritte, abschließende Beratung einzutreten. Dieser Antrag bedarf gemäß § 84 der Geschäftsordnung der Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden. Diese Mehrheit ist erforderlich, weil von der für die Antragstellung geltenden Frist abgewichen werden soll. Wer also damit einverstanden ist, dass über diesen Gesetzentwurf heute abschließend abgestimmt werden soll, muss diesem Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung zustimmen. Wer stimmt für den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zur

### **dritten Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Gesetzentwurf ist mit breiter Mehrheit angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich rufe nun die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der LRP auf Drucksache 1/13 auf. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Regierung  
eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Förderung  
der Gleichstellung von Frauen und Männern in der  
Privatwirtschaft**

– Drucksache 1/3 –  
(Erste Beratung 1. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für  
Frauen und Familie

– Drucksache 1/7 –

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der APD vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind auch für diese  
Aussprache 30 Minuten vorgesehen. - Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann  
ist das so beschlossen.

(Dr. Bärbel Starke (APD): Hier fehlen die ganzen  
Unterlagen! Gibt es noch welche?)

- Ich habe zwischendurch den Hinweis bekommen, dass es eine Reihe von  
ergänzenden Drucksachen hier vorne auf dem Tisch und hinten am Eingang  
zum Plenarsaal gibt, sodass diejenigen, die sich vor der Abstimmung noch  
einmal mit den Sachverhalten vertraut machen möchten, dazu Gelegenheit  
haben.

Bevor ich nun die Sitzungsleitung an den Kollegen Dr. Hermann Otto  
Solms von der FDP-Fraktion übergebe, möchte ich mich bei Ihnen herzlich für  
die disziplinierte Beratung bedanken. Ich werde insbesondere die disziplinierte  
Einhaltung der Redezeit als leuchtendes Beispiel bei den realen  
Parlamentssitzungen immer wieder in Erinnerung rufen. Ich wünsche Ihnen  
einen schönen Tag.

(Beifall)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Ich darf Sie meinerseits herzlich begrüßen und freue mich, die Sitzung jetzt leiten zu dürfen. Ich freue mich besonders über die rege Beteiligung; das ist in diesem Hause, nebenbei gesagt, nicht immer üblich.

Gegenwärtig werden noch Unterlagen eingeholt.

Die beiden neuen Schriftführer mögen bitte hierher kommen, um die bisherigen abzulösen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Ulrich Brotowski von der APD-Fraktion das Wort.

**Ulrich Brotowski (APD):** Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich folgendes Gesellschaftsbild vor: Frauen mit sehr guten Qualifikationen gehen ihren Wunschberufen nach und sind genauso wie Männer in führenden Unternehmenspositionen anzutreffen - und dies, obwohl oder gerade weil sie ihren Kinderwunsch erfüllt haben; denn soziale und familiäre Fähigkeiten gelten bei Unternehmen nicht als Nachteil, sondern als zusätzliche Kompetenz, sowohl bei Frauen als auch bei Männern. In den Betrieben wird alles getan, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die nicht allein von den Frauen getragen wird, gewährleistet ist. Es ist daher selbstverständlich, dass Neueinstellungen geschlechterunabhängig vorgenommen werden und auch der Aufstieg in einem Unternehmen für beide

Geschlechter möglich ist.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, dies mag sich zuerst wie ein utopisches Gesellschaftsbild anhören. Doch bei genauerer Betrachtung wird man schnell erkennen, dass wir von dieser gleichberechtigten Gesellschaft nur ein winziges Stück entfernt sind.

Ein erster Schritt in diese richtige Richtung war die Vereinbarung zwischen der Regierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen im Jahre 2001. Diese freiwillige Vereinbarung hat jedoch keine Veränderung herbeiführen können. In den 25 größten Unternehmen Deutschlands gibt es noch immer keine einzige weibliche Person im Vorstand.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Auch hier im Parlament gibt es, wie Sie sehen, keine einzige Fraktionsvorsitzende, sondern nur Fraktionsvorsitzende männlichen Geschlechts. Auch dies ist ein Problem.

Diese zwei Beispiele zeigen, wie notwendig es ist, die Gleichstellung von Mann und Frau noch effektiver zu fördern.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

In anderen europäischen Ländern existieren seit Jahren verbindliche Gleichstellungsgesetze, die zu mehr Frauenpräsenz im Management geführt haben. Deutschland liegt aufgrund der fehlenden Gesetze beim Anteil der Frauen im Management weit hinter Italien und Frankreich zurück. Daher liegt es an uns, diesen Rückstand einzuholen und uns wieder an die Spitze zu katapultieren.

Auch im öffentlichen Dienst in Deutschland haben Vorschriften zur

Frauenförderung zu einer stärkeren Präsenz der Frauen geführt. Deshalb denke ich, dass man auch in den privaten Unternehmen damit aufhören sollte, die weibliche Hälfte der Bevölkerung zu benachteiligen. Der Zwang „Kind *oder* Karriere“ muss in die Möglichkeit „Kind *und* Karriere“ umgewandelt werden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Denn weniger Kinder in Deutschland bedeuten weniger Wachstum und weniger Wohlstand.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Nachdem alle anderen Versuche nicht gezeichnet haben, beginnen wir als Politiker nun endlich, konsequent zu handeln. Wir wollen nicht noch einmal drei Jahre verschenken. Ergreifen wir Maßnahmen und stimmen wir dem Gesetzentwurf, den APD und ÖSP vorgelegt haben, zu!

Für viele ist das Gesellschaftsbild der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Ideal; für mich, Ulrich Brotowski, ist es eine Selbstverständlichkeit. Es ist eine Notwendigkeit, dass Männer und Frauen gleich behandelt werden. Es wird Zeit, dieser Notwendigkeit Folge zu leisten.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Theresa König von der KVP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Theresa König** (KVP): Eines vorweg, bevor ich irgendjemanden begrüße: Gleichstellung kann nicht über gesetzlichen Zwang erreicht werden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Guten Tag, Herr Präsident! Guten Tag, liebe Abgeordnete! Das gilt auch für die Genossen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist erstens eine Frechheit und muss zweitens abgelehnt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich habe dafür auch Gründe; ich sage das nicht einfach so. Diese Gesetzesvorlage ist ein bürokratisches Monstrum. Es führt dazu, dass auf unserem Arbeitsmarkt wirklich alles überreguliert wird, sogar das Geschlecht.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Eine Überregulierung bedeutet gleichzeitig eine Schwächung des Standortes Deutschland. Das können wir uns bei der jetzigen Situation auf dem Arbeitsmarkt beileibe nicht mehr leisten.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Aber gehen wir einmal weg von der Wirtschaft. Es geht ja heute um die Frauen. Da möchte ich Sie fragen: Haben Sie sich mit Frauen unterhalten? Haben Sie Frauen gefragt, ob sie ein solches Gesetz möchten?

(Oliver Lehmann (ÖSP): Ja, haben wir! Wir haben es getan!)

Ich garantiere Ihnen: Hätten Sie es getan, würden Sie nicht eine solche Vorlage machen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern  
- Mohamed Mehatmj (APD): Vielleicht sollten auch  
Sie einmal mit Frauen reden!)

40 Prozent aller Frauen in Deutschland arbeiten heutzutage Teilzeit. 95 Prozent davon wollen Teilzeit arbeiten. Sie wollen nicht in Positionen gezwängt werden, die sie mit ihrer Familie und ihren Kindern nicht vereinbaren können.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern  
- Hans Meiser (APD): Das ist ihnen doch freigestellt!)

Das Argument, dass Frauen weniger verdienen, ist von Ihnen noch nicht gekommen; ich habe es zumindest noch nicht vernommen. Aber es wird bestimmt noch von Ihrer Seite kommen. Ich kann darauf jetzt schon eine Antwort geben: Frauen unter 24 verdienen mittlerweile genauso viel wie ihre männlichen Kollegen. Diese Entwicklung gilt es zu unterstützen. Eine Untermauerung durch ein Gesetz ist unnötig.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Diese Tendenz kommt Frauen zugute. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in Spitzenpositionen Frauen anzutreffen sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die bisherige Gesetzeslage fördert freiwillige Vereinbarungen. Diese gibt es in Deutschland zuhauf. Man muss sich nur fragen, warum es sie in den großen Betrieben gibt und in den kleinen nicht. Ganz einfach: Die kleinen Betriebe würden daran kaputtgehen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Frau Kollegin König, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten von der APD-Fraktion?

**Theresa König (KVP):** Ja.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Bitte schön.

**Ulrich Brotowski (APD):** Ich möchte nur etwas richtig stellen. Aus dem Bericht der Bundesregierung zur Gleichstellungspolitik vom 24. April 2002, den sicherlich auch Sie gelesen haben, geht hervor, dass Frauen im Westen bei gleicher Ausbildung im Durchschnitt nur 75 Prozent verdienen.

(Laura Hohenstein (KVP): Das sind die älteren Frauen!)

Ist Ihnen, verehrte Frau Abgeordnete, das genug?

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Theresa König (KVP):** Ich habe hier die Statistik der unter 24-Jährigen genannt. Es tut mir Leid, wenn Sie nicht zuhören können.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Entschuldigen Sie, Frau Kollegin König. - Herr Brotowski, würden Sie bitte stehen bleiben, wenn die Abgeordnete Ihnen antwortet.

**Theresa König (KVP):** Diese Statistik müsste auch Ihnen zugegangen sein. Demnach verdienen 95 Prozent im Westen und sogar noch mehr im Osten das Gleiche. Da kann man durchaus von einer fast gleichwertigen Behandlung ausgehen.

(Helmut Richter (LRP): Wer lesen kann, ist klar im Vorteil! - Gegenruf von Oliver Lehmann (ÖSP): Dann sollten Sie es einmal lernen!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Frau König, erlauben Sie eine weitere Frage des Kollegen Brotowski?

(Zurufe: Nein!)

- Das ist die Entscheidung von Frau König.

**Theresa König (KVP):** Das wird von meiner Fraktion abgelehnt. Dem möchte ich mich anschließen. Das können wir an anderer Stelle diskutieren.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Gut, also keine weiteren Fragen.

**Theresa König (KVP):** Zudem möchte die Mehrheit der Frauen das Gesetz nicht. Davon bin ich überzeugt. Gucken Sie sich die Frauen an, die hier sitzen! Sie sitzen hier nicht umsonst. Sie sitzen hier nicht wegen einer Quote.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wie viele meiner Kollegen - das ist die Mehrheit - möchte ich wegen Qualität und Kompetenz gefördert werden und nicht einfach, weil ich eine Frau bin.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern  
- Hans Meiser (APD): Das steht in unserem  
Gesetzentwurf! Lesen!)

- Ich habe den Gesetzentwurf gelesen. Ich weiß auch, wie es zu diesem Gesetzentwurf gekommen ist. Ich weiß, dass es nicht unbedingt Ihr Grundgedanke ist, dass keine Quote enthalten ist.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Für mich steht fest: Dieses Gesetz kann in dieser Form nicht beschlossen werden. Eines ist wohl klar: Wenn eine Partei hier regierungsfähig ist, dann wir und nicht die.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Viele Teilnehmerinnen und  
Teilnehmer erheben sich)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt der Kollege Oliver Lehmann von der ÖSP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Oliver Lehmann (ÖSP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine kleine Anmerkung: Das war ein typischer Schuss aufs eigene Tor. Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Das höchste Gut der über 50-jährigen Geschichte der Bundesrepublik  
Deutschland ist das Grundgesetz. In Art. 3 des Grundgesetzes steht:

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat  
fördert die tatsächliche Durchsetzung der  
Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt  
auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(Zuruf: Ich würde da nicht doktrinieren!)

- Wahnsinn. Einige Leute fühlen sich wieder einmal sehr witzig. Applaus!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wer also das Fundament unserer Demokratie - Sie sollten zuhören,  
dabei können Sie noch etwas lernen! -

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

ernst nimmt, muss einsehen, dass dieser Gesetzentwurf nicht nur eine große  
Chance ist, sondern dass wir damit unserer verfassungsgemäßen Pflicht, die  
Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben, nachkommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts begann in Deutschland der  
Kampf der Frauen um Gleichberechtigung. Ein Ergebnis dieses Kampfes war  
1919 die Einführung des Frauenwahlrechts.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Dieser Kampf führte in der jungen Bundesrepublik Deutschland zu einem grundsätzlichen Wandel des Frauenbildes.

(Ein Teilnehmer meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich gestatte keine Zwischenfrage. Sie können sich wieder setzen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Kollege, der Abgeordnete gestattet keine Zwischenfrage. Damit ist sie abgelehnt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Oliver Lehmann (ÖSP):** Ich möchte im Zusammenhang zu Ende reden.

(Zuruf: Fehlende Kompetenz!)

- Zu dem Thema kommen wir gleich noch. - Dieser Kampf führt nun zur gesetzlichen Gleichstellung von Frau und Mann in der Privatwirtschaft. Er ist damit aber noch nicht am Ende.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Dieser Kampf muss fortgeführt werden und er wird auch fortgeführt werden. Dafür sorgt unsere Regierungsfraktion.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Herr Kollege, jetzt kommen wir zum Thema Inkompetenz. Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland bei der Beschäftigungsquote in Bezug auf Frauen sowie beim Prozentsatz weiblicher Führungskräfte

(Zuruf: Und im Vorstand der Grünen!)

- wie süß! - im unteren Tabellendrittel.

(Zuruf: Das ist nicht unsere Schuld!)

- 16 Jahre Kohl waren genug.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

So sind beispielsweise in der Türkei - jetzt hören Sie mir einmal zu! - mehr Frauen in Managementfunktionen als in Deutschland. Das können wir uns nicht leisten. Unser Land verfügt über weibliches Potenzial. Nutzen wir es!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Position, die die Konservativen hier beziehen, ist unverantwortlich. Ich kann zwar verstehen, dass konservativ von „conservare“ kommt, was auf Deutsch so viel wie „beibehalten“ heißt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich kann ebenfalls verstehen, dass Sie Ihr angestaubtes Weltbild gerne beibehalten wollen. Aber auch Sie sollten die Zeichen der Zeit erkennen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ihre momentane Haltung demonstriert nur Ihre Inkompetenz, sich mit den neuen Problemen unserer Gesellschaft auseinander zu setzen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Sagen Sie Ja zu einem weiteren Schritt in Richtung Gleichberechtigung!  
Sagen Sie Ja zu diesem Gesetzentwurf!

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt die Kollegin Lisa Brandt von der LRP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Lisa Brandt (LRP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Folgenden werde ich Ihnen begründen, warum meine Fraktion, die Fraktion der Liberalen Reformpartei, diesen Gesetzentwurf entschieden ablehnt. Ich denke, Sie stimmen mir in dem Punkt zu, dass Frauen auch in der heutigen Zeit noch immer benachteiligt sind. Es gibt zu wenig Frauen in Führungspositionen, was mehrere Gründe hat.

Erstens. Männer werden in bestimmten Berufen bevorzugt. Zweitens. Frauen werden durch die Familie bzw. Kinder eingeschränkt. Drittens. Die Arbeitszeiten sind zu unflexibel. - Diese Gegebenheiten müssen verändert werden, was jedoch nicht durch starre Quoten oder gesetzlichen Zwang zu erreichen ist, sondern nur durch Veränderung der Einstellung der Unternehmen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ein Gleichstellungsgesetz würde den Handlungsspielraum der Unternehmen zu stark einengen. Wir müssen unser Augenmerk auf die Rahmenbedingungen lenken und Frauen die gleichen Ausgangspositionen wie Männern einräumen.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Frau Kollegin Brandt, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Lisa Brandt** (LRP): Nein, tue ich nicht.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Es wird keine Zwischenfrage erlaubt.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Lisa Brandt** (LRP): Der oft befürchtete Karriereknick einer Frau muss verhindert werden. Man kann ihm vorbeugend entgegenwirken, indem man in die Kinderbetreuung investiert und des Weiteren die Kosten für die Kinderbetreuung und den Haushalt steuerlich absetzbar macht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Frauen müssen für ihre Kinder ein Recht auf einen Platz in einer Kindertagesstätte oder in einer ähnlichen Einrichtung haben, damit sie sich ihrem Beruf widmen können.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Auch flexiblere Arbeitsformen sind sehr wichtig. Es muss Frauen ermöglicht werden, Teilzeit zu arbeiten und Telearbeit auszuüben.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wir fordern zudem eine Abkehr von zu starren Tarifverträgen; denn auch diese helfen hier nicht weiter, wie es Ihnen die LRP schon in der Vergangenheit klar zu machen versucht hat.

Für die Unternehmen müssen neue, positive Anreize geschaffen werden.

Hier sieht die LRP die Möglichkeit, dass Betriebe, die Frauen fördern, von staatlicher Seite durch öffentliche Zuschüsse oder durch steuerliche Entlastungen unterstützt werden. Ist es für eine Frau nicht äußerst erniedrigend, in einer Firma nur deshalb arbeiten zu dürfen, weil es die Quote oder das Gesetz so vorschreiben und dies nicht aufgrund ihrer sicherlich vorhandenen Qualifikation geschieht?

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Das Problem der Gleichstellung von Frau und Mann in der Privatwirtschaft besteht schon seit Jahren. Nun haben Sie die Möglichkeit, dies mithilfe unserer Vorschläge zu ändern. Aber das Problem kann definitiv nicht durch diesen Gesetzentwurf gelöst werden.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt die Kollegin Brigitte Junghaus von der APD.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Brigitte Junghaus (APD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Forderung nach Gleichstellung von Mann und Frau in der Privatwirtschaft ist seit 1998 in unserem Regierungsprogramm enthalten. Eine freiwillige Vereinbarung zwischen Unternehmern und der Bundesregierung vom 1. Juli 2001 blieb bis heute ohne sichtbaren Erfolg. Gerade deshalb ist es zwingend notwendig, eine gesetzliche Unterstützung zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern heute zu verabschieden. Daher spreche ich mich für

dieses Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft aus.

Es grenzt an Erniedrigung, Frauen in ihrer Berufsentfaltung derartig einzuschränken. Und dabei wird auch noch tatenlos zugesehen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Eine geschlechtsspezifische Chancengleichheit muss in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Der vorliegende Änderungsantrag der APD zu diesem Gesetzentwurf differenziert in § 6 zwischen den Unternehmen, die sich für Chancengleichheit engagieren, und denen, die sich der Gleichberechtigung in den Weg stellen. Letzteren soll jeglicher Anspruch auf öffentliche Förderung oder auf eine Auftragserteilung durch Bund, Länder oder Gemeinden entzogen werden.

Besonders Unternehmer in der Privatwirtschaft nutzen ihre Macht aus, sodass junge Frauen aufgrund einer möglichen Schwangerschaft erst gar nicht eingestellt werden. So etwas diskriminiert alle Frauen und ist indiskutabel.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Frau Kollegin Junghaus, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Brigitte Junghaus (APD):** Nein, erlaube ich nicht.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Also keine Zwischenfrage.

**Brigitte Junghaus (APD):** Aufgrund eines solchen Verhaltens von

Personalchefs ist es kein Wunder, dass in Deutschland keine einzige Frau im Vorstand der größeren Unternehmen sitzt.

(Zuruf: Bei Ihnen in der Fraktion aber auch nicht!)

- Ich habe doch gesagt, dass ich keine Zwischenfrage erlaube.

(Zuruf: Das war ein Einwurf!)

Dagegen müssen wir etwas unternehmen. Daher befürworte ich den Gesetzentwurf der APD zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft.

Ein Kind in Deutschland muss heutzutage als eine Bereicherung der Gesellschaft angesehen werden. Damit wir unsere Zukunft, die Kinder, sichern können, ist es logisch, dass Kindererziehung nicht mehr nur zum Aufgabenbereich der Mutter gehört, sondern sowohl der Vater als auch der Staat ihre Verantwortung gegenüber der neuen Generation wahrnehmen müssen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Aufgrund dessen bedeutet § 3 Buchstabe e des Gesetzentwurfs zur betrieblich organisierten oder finanzierten Kinderbetreuung eine Entlastung für die Mütter und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Frau. Bei einer Missachtung dieses Gesetzes haben nun die betroffenen Personen und Verbände das Recht, gegen das entsprechende Unternehmen zu klagen. Was in § 4 des Gesetzentwurfs steht, scheint zwar eine Selbstverständlichkeit zu sein, doch wird diese Tatsache in diesem Gesetzentwurf noch einmal besonders betont; denn es darf einfach nicht sein, dass eine Frau im Falle einer Diskriminierung ihr Recht auf Arbeit nicht einklagen kann. Aus diesem Grund ist das In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wichtig und dringend erforderlich.

Ich appelliere an Ihre Vernunft, heute für das Gleichstellungsgesetz zu stimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt der Kollege Peter Ullrich von der KVP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Peter Ullrich (KVP):** Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Im Hinblick auf den Gesetzentwurf der Regierung und die Beschlussempfehlung des Ausschusses will ich ein paar Punkte und Paragraphen ansprechen.

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass sich die KVP-Fraktion geschlossen gegen verpflichtende Maßnahmen bei Beschäftigung und beim Arbeitsentgelt für Frauen in der Arbeitswelt ausspricht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir können keine gesetzliche Regelung für die so genannte Chancengleichheit der Frau verantworten. Es muss deutlich gesagt werden, dass die betriebliche Förderung weiblicher Mitarbeiter nur durch selbstverantwortliche Initiativen der Firmen selbst durchgeführt werden soll.

Ich möchte noch etwas zu dem anmerken, was ein Vertreter einer Regierungsfraktion eben gesagt hat. Gleichberechtigung bedeutet nicht die Bevorzugung der Frau. Es geht um die Gleichberechtigung von Frau und Mann; bitte führen Sie sich das noch einmal vor Augen!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Deshalb ist die zwanghafte Umsetzung der beruflichen Entwicklung der Frau schlichtweg Unsinn. Uns - ich denke, ich spreche nicht nur im Namen der KVP - geht es nicht um einen Geschlechterkampf, sondern um Qualifikation, die ganz klar im Vordergrund stehen muss.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dieser Geschlechterkampf hätte zur Folge, dass nicht der bestqualifizierte Bewerber, sondern eine Frau bevorzugt wird und die Stelle bekommt, einfach weil es so vom Gesetz festgelegt worden ist. Das kann nicht sein.

(Ein Teilnehmer meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Es tut mir Leid, aber ich werde keine Zwischenfragen zulassen. Dafür ist mir die Redezeit zu schade.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich möchte noch auf die Buchstaben a und b in § 3 des Gesetzentwurfs hinweisen. Sie bleiben trotz der neuen Formulierung im Ausschuss weiterhin bei einer Frauenquote, die wir eindeutig ablehnen. Wenn Sie sich den gesamten Abschnitt dazu einmal ansehen, werden Sie feststellen, dass von Gleichberechtigung keine Rede sein kann. Frauen würden durch dieses Gesetz unrechtmäßig in Positionen katapultiert, die sie im direkten Vergleich zum Mann nicht bekommen würden.

In § 3 des Gesetzentwurfs ist der erste Satz zu beachten, in dem wie schon in § 1 die Wortwahl unangebracht ist. Wieder wird von einer Verpflichtung gesprochen. Diese Formulierung und die daraus resultierenden

Wettbewerbsnachteile können wir nicht mittragen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass Sie auf Sanktionen für Betriebe nicht verzichtet haben. Kleine Betriebe können diese schikanierenden Maßnahmen nicht umsetzen; sie beeinträchtigen ihre Flexibilität in der Marktwirtschaft gravierend. Auch § 2 lehnen wir aufgrund der genannten Argumente ab. Es ist die Absicht der KVP, den gesamten Gesetzentwurf in der vorliegenden Form komplett abzulehnen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bitte Sie, liebe Parteifreunde und liebes Plenum - ich wende mich an Sie alle -, diesen Gesetzentwurf in der Abstimmung nicht anzunehmen, damit wir zu einem späteren Zeitpunkt eine neuere und vor allem bessere Lösung erarbeiten können. Diese Lösung soll dann nicht nur den Frauen, sondern auch den Betrieben und der ganzen Marktwirtschaft dienen.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Lex Legis von der APD.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Dr. Lex Legis (APD):** Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! Meine verehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegen! Liebe Genossen!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Sie alle kennen das ungute Gefühl, auf einem Ast zu sitzen, den man

sich so lange zurechtstutzt, bis man ihn letztendlich abschneidet. Um ehrlich zu sein, verehrte Kolleginnen der KVP: Ich bemitleide Sie; denn genau auf so einem Ast befinden Sie sich, und zwar freiwillig.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die wichtige Kombination von Kinder und Beruf wird von Ihnen einfach übersehen, weil sich in Ihrem Weltbild die Frau in der modernen Gesellschaft noch immer nur im Haushalt verwirklichen sollte.

(Zuruf: Das haben wir nie behauptet!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Kollege Legis, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Lex Legis (APD):** Nein, das tue ich nicht.

(Zuruf: Sie haben damit schlechte Erfahrungen!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Es wird keine Zwischenfrage erlaubt.

**Dr. Lex Legis (APD):** Aber ich sage Ihnen: Die Gesellschaft ändert sich, besonders die Rolle von Mann und Frau. Würden wir an veralteten Strukturen festhalten, würden wir uns gesellschaftlich und kulturell auf das Niveau am Anfang der Zivilisation zurückkatapultieren.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dieses gesellschaftlich kontrovers diskutierte Thema wird auch

beschäftigungspolitisch höchst relevant. Wir können nicht die Hälfte der Bevölkerung von Innovation, Gerechtigkeit und Modernität ausschließen und damit auf das höchst profitable Potenzial der Frauen verzichten. Viele Frauen sind besser qualifiziert als ihre männlichen Altersgenossen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Außerdem möchte ich betonen, dass der zunehmende Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften bei einer Quote an weiblichen Schulabgängern von teilweise weit über 50 Prozent mehr als zufrieden stellend gedeckt werden kann.

Wir wollen durch Bewusstseinsbildung, Motivation und Förderung der jeweiligen Unternehmen genau dies erreichen. Der vorliegende Gesetzentwurf greift nicht in die Autonomie der Unternehmen ein, zerstört nicht die Flexibilität kleinerer und mittlerer Betriebe und fördert auch kein zentralistisches Unternehmensmanagement.

(Zuruf: Aber genau darauf läuft es hinaus!)

Wir halten dieses Gesetz für notwendig, da die Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Staat aus dem Jahre 2001 zu keinem Erfolg geführt hat. Wie die Unternehmen dieses Gesetz umsetzen, steht ihnen völlig frei. Eine gesetzliche Schablone mit eventuellen Sanktionen wird erst nach der im Gesetz formulierten Frist von zwei Jahren angelegt.

Angesichts dieser Tatsachen, namentlich der Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, der Beibehaltung der Autonomie und der Wettbewerbsfähigkeit auch der kleineren Unternehmen sowie der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Überfälligkeit der Gleichstellung von Mann und Frau, möchte ich Sie darum bitten, als moralisch und verantwortlich

denkende Personen fraktionsübergreifend für diesen Gesetzentwurf zu stimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich das Wort dem Kollegen Alexander Peterson von der KVP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Alexander Peterson (KVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Uns liegt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der gesetzliche Regelungen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vorsieht. Die Fraktion der KVP stimmt prinzipiell zu, dass das Potenzial von Frauen noch stärker genutzt werden muss. Es ist grundsätzlich sinnvoll, Fortbildungsmaßnahmen für Frauen zu unterstützen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Bundesregierung will jedoch Unternehmen dazu verpflichten. Die Problematik besteht darin, dass man keinem Unternehmen, das sich in einer finanziell schwierigen Situation befindet, eine solche Maßnahme aufoktroieren kann.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wie soll ein Unternehmen in dieser Situation neben

Fortbildungsmaßnahmen, wie Sie es fordern, auch noch Kosten für einen Gleichstellungsbeauftragten und eine betrieblich finanzierte Kinderbetreuung tragen? Ökonomische Gesichtspunkte werden in diesem Gesetzentwurf in keiner Weise berücksichtigt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ist der Bundesregierung eigentlich bewusst, dass jeder einzelne dieser Paragraphen eine Ausbreitung des Bürokratiedschungels nach sich zieht? Durch die Kontrolle würden einerseits für den Staat enorme Kosten anfallen, andererseits stärkt die Zunahme der Bürokratie in keinster Weise den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Außerdem sind nach § 6 des Gesetzentwurfs Unternehmen, die gegen dieses Gesetz verstoßen, nicht berechtigt, Aufträge von Bund, Ländern oder Gemeinden zu erhalten.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Herr Kollege Peterson, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Alexander Peterson (KVP):** Nein.

(Zurufe)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Ich möchte darauf hinweisen, dass die Zwischenfrage nicht auf Ihre Redezeit angerechnet wird. Die Uhr wird

in dieser Zeit gestoppt.

**Alexander Peterson (KVP):** Ich möchte trotzdem fortfahren.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Bitte schön.

**Alexander Peterson (KVP):** Ich möchte der Regierungskoalition dazu eine Frage stellen: Finden Sie es sozial, wenn ein Unternehmen aufgrund fehlender Aufträge von Bund, Ländern oder Gemeinden den Geschäftsbetrieb nicht mehr aufrechterhalten kann und so Arbeitsplätze auch von Frauen verloren gehen?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern- Zuruf: Können Sie verantworten, wenn  
Frauen sozial benachteiligt werden?)

Frauen werden durch dieses Gesetz nicht gefördert, sondern sie werden in ihrer beruflichen Entwicklung behindert. Außerdem: Was würde der Bürger von uns halten, wenn wir kostengünstigere Angebote aufgrund einer zu geringen Frauenbeschäftigungsquote der betreffenden Firma ablehnen und mit den Steuergeldern teurere bezahlen würden? Der Bundesfinanzminister muss sich schon mit genügend Haushaltslöchern beschäftigen. Ist es dann sinnvoll, neue aufzureißen?

Ich fasse zusammen: Das Gesetz würde eine Benachteiligung der Frauen anstatt einer Förderung bedeuten. Es wäre eine Verschlechterung der Qualität des Standorts Deutschland. Hinzu kämen eine Ausweitung der Bürokratie und höhere Kosten für die Steuerzahler. Dies ist keine solide Politik. Wir von der KVP hingegen betreiben solide Politik. Deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab und fordern alle Fraktionen auf, es uns gleichzutun.

Vielen Dank.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Ich schließe die Aussprache. Ich wundere mich über die Zeitdisziplin, die Sie zeigen. Das gibt es ansonsten in diesem Hause nicht; denn die meisten überziehen ihre Zeit.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, Drucksache 1/3. Der Ausschuss für Frauen und Familie empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 1/7, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor, über die wir zunächst abstimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der APD auf Drucksache 1/14: Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der APD auf Drucksache 1/24: Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die der Oppositionsfraktionen angenommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Klaus Meyer (KVP):** Ich fordere eine neue Abstimmung, weil drei bis vier Abgeordnete der Koalitionsfraktionen gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben. Ich glaube, es wurde nicht richtig ausgezählt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Das Mehrheitsverhältnis war aber eindeutig. Deswegen ist eine Wiederholung der Abstimmung nicht notwendig.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es ist beantragt worden, sofort in die dritte Beratung einzutreten. Wir müssen daher zunächst über den Antrag auf den sofortigen Eintritt in die dritte Beratung abstimmen. Der Antrag bedarf gemäß § 84 der Geschäftsordnung zu seiner Annahme der Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden. Diese Mehrheit ist auch deshalb erforderlich, weil von der für die Antragstellung geltenden Frist abgewichen werden soll. Wenn also heute über den

Gesetzentwurf abschließend abgestimmt werden soll, müssen Sie mit Ja stimmen. Wer stimmt für den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Zweidrittelmehrheit ist erreicht worden. Der Antrag ist also mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

(Beifall)

### **Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen, wobei vier Abgeordnete der Koalitionsfraktionen mit Nein gestimmt haben und sich ein Abgeordneter enthalten hat.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes. Ich darf nun mein Amt der Frau Kollegin Kastner übergeben. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der weiteren Beratung.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Regierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur**

## **Neuregelung der Geschwindigkeitsbegrenzungen für Kraftfahrzeuge**

- Drucksache 1/4 -  
(Erste Beratung 1. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des  
Verkehrsausschusses

- Drucksache 1/8 -

Es liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der APD sowie drei Änderungsanträge der Fraktion der ÖSP vor. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 30 Minuten vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Hugo Hopf, APD.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Hugo Hopf** (APD): Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Parteifreunde! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich mich über Zwischenrufe und Zwischenfragen freue. Ich finde es bedauerlich, dass letztere - das gilt für alle Fraktionen - nicht zugelassen werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wir repräsentieren hier das deutsche Volk und wir sollen in diesem Haus in einen Dialog eintreten. Deswegen fordere ich weniger Polemik und mehr qualifizierte Zwischenfragen, die wir dann auch zulassen sollten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und

Teilnehmern- Zuruf von der KVP: Das müssen Sie  
Ihrer eigenen Fraktion sagen!)

- Das weiß ich. Ich habe gesagt: fraktionsübergreifend. Das war eine Kritik auch an meiner eigenen Fraktion.

Ein Gesetzentwurf zum Tempolimit war lange eine Utopie von Umweltschützern. Heutzutage sind wir schlauer; denn wir müssen dafür sorgen, dass für unsere Generation, unsere Kinder, unsere Enkel und alle nachfolgenden Generationen unsere Umwelt, insbesondere die Luft, die wir jeden Tag atmen, geschützt wird.

(Zuruf von der KVP: Das Autofahren ganz verbieten,  
das würde Ihnen gefallen!)

Dazu müssen wir bestimmte Regelungen treffen. Es geht um nachhaltigen Umweltschutz. Es geht darum, eine unvernünftige Tradition zu beseitigen. Traditionen sind nicht immer gut. Traditionen sind wichtig, aber Traditionen müssen an die Zeit angepasst und verändert werden können. Die Tradition, dass Autofahrer in Deutschland als einem der wenigen Länder weltweit und als dem einzigen Land in Europa ohne Geschwindigkeitsbegrenzung fahren dürfen, ist in der heutigen Europäischen Union nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wir wollen führend in Europa sein. Dann lassen Sie uns ein Vorbild sein!  
Lassen Sie uns Ausnahmen abschaffen! Wir können keinen Sonderstatus für uns fordern. Lassen Sie uns hier gemeinsam arbeiten!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich will einige Fakten nennen. Je mehr Leute schnell fahren, desto höher ist der Schadstoffausstoß. Das ist umweltschädlich. Da werden Sie mir doch alle zustimmen. Umweltverschmutzung ist für mich einfach nicht akzeptabel.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Hugo Hopf (APD):** Ja. Wie könnte ich jetzt Nein sagen?

**Leopold von Martenstein (KVP):** Die deutschen Autobahnen sind die sichersten Straßen der Welt. Wir haben die niedrigste Zahl von Verkehrstoten in ganz Europa. Alle anderen Länder haben Tempolimits, wir nicht. Trotzdem haben wir weniger Verkehrstote. Warum sollen wir etwas ändern, wenn wir mit dieser Tradition gut gefahren sind? Bitte, erklären Sie mir das!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Es entspricht übrigens den Regeln des Hauses, dass der Zwischenfrager bei der Beantwortung der Frage stehen bleibt.

**Hugo Hopf (APD):** Ich hoffe, dass Sie mit mir übereinstimmen, dass es nie zu wenig Tote gibt. Am besten ist es, keine Toten zu haben. Ich möchte

nicht derjenige sein, der einer Mutter sagt, dass ihr Sohn totgefahren worden ist, weil ein Auto mit 170 km/h auf der linken Spur gefahren ist.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir können Gefahren eindämmen. Dafür besteht eine Chance. Wir haben den Beschluss fraktionsübergreifend gefasst. Die Leute, die das zusammen mit uns im Umweltausschuss erarbeitet haben, sitzen auf allen Seiten des Hauses.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern- Zurufe)

Lassen Sie mich zum Ende, bevor die Polemik noch schärfer wird, sagen, dass ich die Vision habe,

(Teilweise Lachen)

dass VW nicht mehr darauf angewiesen ist, Autos zu bauen, die mit der S-Klasse von Mercedes verglichen werden und die 200 km/h schnell sind. VW sollte billigere Autos bauen, die sich jeder leisten kann, die dafür aber nicht so schnell zu fahren brauchen. Dann fahren diese Autos zwar nur 130 km/h, sie werden aber gekauft und wir stärken damit die Wirtschaft.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich appelliere an Sie alle: Wenn Sie die Umwelt schützen, die Industrie stärken und Leben retten wollen, dann stimmen Sie für dieses Gesetz!

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Das Wort hat der Kollege Enak Ferlemann, KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Enak Ferlemann (KVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es war sehr interessant, dass mein Vorredner Hugo Hopf eben darauf hingewiesen hat, dass im Umweltausschuss ursprünglich überparteilich verschiedene Ideen, die nachher nicht alle in unseren gemeinsamen Vorschlag aufgenommen worden sind, erörtert worden sind. Sie haben aber nicht darauf hingewiesen, dass gestern, also vor 24 Stunden, im Verkehrsausschuss ein Konsens gemeinsam von Ihren und von unseren Leuten darüber erzielt worden ist, dass wir gegen ein Tempolimit sind. Ihre Leute aus dem Verkehrsausschuss werden interessanterweise die nächsten drei Redner zu diesem Thema sein.

(Hugo Hopf (APD): Das ist löblich, oder nicht?)

Diese drei Leute haben gestern zusammen mit uns den Konsens erzielt.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Ferlemann, wir haben eine Zwischenfragerin. Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

**Enak Ferlemann (KVP):** Ja, bitte.

**Nora Wagner (ÖSP):** Ich wollte darauf hinweisen, dass es richtig ist, dass in den Ausschüssen Leute von jeder Partei sitzen.

(Zuruf von der KVP: Frage!)

- Ich wollte das nur anmerken. Warum stellen Sie keine Frage und schreien einfach nur herein?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich weise darauf hin, dass auch Zwischenbemerkungen zulässig sind und es nicht unbedingt eine Frage sein muss.

Das war eine Zwischenbemerkung. Herr Ferlemann, Sie müssen nicht unbedingt darauf reagieren.

**Enak Ferlemann (KVP):** Mein Vorredner hat bemerkt, dass im Umweltausschuss auch von unserer Partei ursprünglich andere Ideen erörtert wurden. Ich habe darauf hingewiesen, dass die drei nächsten Redner Ihrer Partei gestern den Konsens mit uns erzielt haben. Jetzt werden Ihre Vertreter möglicherweise für Ihren Änderungsantrag stimmen. Gestern vertraten sie die Meinung, ein generelles Tempolimit auf allen deutschen Autobahnen sei nicht besser für die Sicherheit, sondern es schade der Sicherheit.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die KVP will die deutschen Straßen und insbesondere die Autobahnen sicher machen. Wir wollen an dieser Richtung festhalten, die auch Ihre Partei gestern im Ausschuss für richtig gehalten hat. Vergleichen Sie andere Länder der EU oder die USA, wo es Tempolimits gibt, mit Deutschland! Dort gibt es mehr Verkehrstote als auf unseren Straßen. Sehr interessant ist, dass die Zahl

der Verkehrstoten in Deutschland bis heute deutlich gesunken ist. Deshalb ist die Richtung, die wir zusammen auch mit Ihrer Partei in all den Jahrzehnten eingeschlagen haben, richtig.

Ein generelles Tempolimit ist völlig falsch. Vor kurzem gab es die Meldung über einen Drängler, der sehr schnell gefahren ist. Ein Tempolimit würde die Zahl der Drängler noch erhöhen und Leute, die gern schnell fahren, geradezu auffordern zu rasen. Diese würden noch mehr als bisher drängeln.

(Teilweise Beifall - Teilweise Widerspruch)

Ein weiterer interessanter Punkt ist die Auffassung der ÖSP.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu?

**Enak Ferlemann (KVP):** Sofort nach dieser Bemerkung. - Der Änderungsantrag der ÖSP besagt, dass neuere und teurere Autos schneller fahren dürfen. Das bedeutet, dass letztendlich reiche Leute in diesem Land schneller als arme fahren dürfen. Ist das wirklich in Ihrem Sinne?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Oliver Lehmann (ÖSP):** Ich finde es amüsant, dass Sie sagen, wir würden die Reichen bevorzugen. Wir bevorzugen Leute, die umweltbewusst Auto fahren.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf von der KVP: Man muss es sich leisten können!)

- Das wird vom Staat gefördert. - Ich wollte Sie, Herr Abgeordneter, etwas zu Ihrem Rechtsverständnis fragen.

(Zurufe)

- Ich bitte um Ruhe, ich formuliere gerade eine Frage.

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Wir sollten den Zwischenfrager ausreden lassen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Oliver Lehmann (ÖSP):** Danke schön, Frau Präsidentin. - Sie sagen, ein Tempolimit würde Leute dazu auffordern, schnell zu fahren. Welches Rechtsverständnis haben Sie? Sind Gesetze dazu da, dass man sie bricht? Da fehlen mir die Worte.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Enak Ferlemann (KVP):** Unser Rechtsverständnis sollte das Gleiche sein wie Ihres. Wenn wir uns aber für die Sicherheit der Menschen einsetzen wollen, dann stellt sich die Frage, was ein Gesetz bringen soll, bei dem absehbar ist, dass es nicht von allen Menschen eingehalten wird. Wenn es Ihnen bei diesem Gesetzentwurf um mehr Sicherheit geht, dann müssen Sie sich auch dazu äußern, wie die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen

kontrolliert werden soll.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Sie müssen zum Ende kommen.

**Enak Ferlemann (KVP):** Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Wir haben gestern im Verkehrsausschuss einen Konsens gefunden, bei dem einige der im Umweltausschuss vertretenen Forderungen übernommen werden konnten. Ein Konsens wäre ein wichtiges Signal und eine parteiübergreifende Botschaft für die Menschen im Hinblick auf die Sicherheit auf deutschen Autobahnen und allgemein im Straßenverkehr gewesen. Sie, meine Damen und Herren von der APD, übermitteln heute eine neue Botschaft. Diese Botschaft lautet Verunsicherung. Dies müssen Sie allein verantworten. Ihre Kompetenz liegt mit Sicherheit nicht in der Verkehrspolitik.

Danke.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Alexander Guthenberg (APD) meldet  
sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich konnte Ihre Zwischenfrage nicht mehr zulassen, weil die Redezeit bereits um über eine Minute überschritten war.

(Alexander Guthenberg (APD): Ich hatte mich  
eigentlich schon vorher gemeldet!)

- Dann tut es mir Leid. Wir haben das übersehen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, etwas genauer auf die Wortmeldungen zu achten.

Nächster Redner ist Kevin Neuhaus, ÖSP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Kevin Neuhaus** (ÖSP): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst den Kommentar von Herrn Kollegen Ferlemann aufgreifen. Sie haben wahrscheinlich Recht: Der Änderungsvorschlag, den wir von der ÖSP eingebracht haben, ist nicht 100-prozentig ausgegoren.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Es besteht sicherlich Diskussionsbedarf; das räume ich ein.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ferlemann?

**Kevin Neuhaus** (ÖSP): Aber gerne.

**Enak Ferlemann** (KVP): Sie haben ausgeführt, Ihr Änderungsantrag sei nicht ganz ausgegoren. Hatten Sie keine Zeit oder fehlte Ihnen die Kompetenz?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Kevin Neuhaus** (ÖSP): Es lag an der Zeit. Wir wollen den Antrag auch

wieder zurückziehen, und zwar ohne schlechtes Gewissen; denn die APD hat einen Änderungsantrag eingebracht, der die in ökologischer Hinsicht weitergehende Variante darstellt und den wir als ökologische Partei ohne schlechtes Gewissen unterstützen können.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich denke, damit können wir unserem Koalitionspartner helfen und damit verdeutlichen wir gegenüber unseren Wählern, dass wir uns für die ökologischste Variante entscheiden, was seit jeher unser erklärtes Ziel ist. Der Änderungsantrag kommt unserem ursprünglichen Entwurf am nächsten.

(Klaus Meyer (KVP) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Würden Sie eine weitere Zwischenfrage zulassen?

**Kevin Neuhaus (ÖSP):** Aber immer.

**Klaus Meyer (KVP):** Meinen Sie, es spricht für Ihre besondere Kompetenz, Anträge zu beschließen und in den Bundestag einzubringen, um sie dann wieder zurückzuziehen, Herr Abgeordneter?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer erheben sich)

**Kevin Neuhaus (ÖSP):** Ich denke, es zeugt von Kompetenz, dass man

in der Lage ist, andere Vorschläge anzunehmen, statt alle Anregungen grundsätzlich abzulehnen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Hauptziel sollte es bleiben, den Grundgedanken weiter zu verfolgen, statt sich fraktionsinternen Interessen zu beugen. In diesem Fall ist der Grundgedanke, aus ökologischen Erwägungen heraus ein Tempolimit einzuführen. Das wird durch den Gesetzentwurf gewährleistet.

(Mehrere Teilnehmer melden sich zu  
Zwischenfragen)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich sehe die Gefahr, dass diese Debatte nur noch von Zwischenfragen bestimmt wird und der Redner seine Ausführungen nicht mehr im Zusammenhang vortragen kann. Das erschwert die Debatte. Ich will die Zwischenfrager nicht abblocken, appelliere aber an Sie, die Debatte nicht von Zwischenfragen dominieren zu lassen, weil dann der für die Diskussion vorgesehene Zeitrahmen nicht ausreicht.

Mir liegen drei Wortmeldungen zu Zwischenfragen vor.

(Pauline Striegler (APD): Das ist keine Frage!)

- Das gilt auch für Zwischenbemerkungen. - Ich denke, wir sollten den Redner seine Argumente im Zusammenhang vortragen lassen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Enak Ferlemann (KVP): Ich will  
trotzdem eine Zwischenfrage stellen!)

Es bleibt aber der Entscheidung des Redners überlassen,  
Zwischenbemerkungen oder Zwischenfragen zuzulassen.

**Kevin Neuhaus** (ÖSP): Ich werde noch kurz meine Ausführungen fortsetzen und dann Zwischenfragen zulassen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Gut. Wenn genügend Zeit bleibt, werden Sie noch Zwischenfragen zulassen. - Bitte schön.

**Kevin Neuhaus** (ÖSP): Ich möchte alle ökologisch denkenden Menschen aus allen Fraktionen dazu auffordern, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Zuruf: Auch wenn er unausgegoren ist?)

- Ich meine nicht unseren Änderungsantrag - unser Änderungsantrag wurde zurückgezogen, falls Sie das noch nicht vernommen haben -, sondern den der APD, den ich mittlerweile voll unterstütze, weil es nämlich bei der Einführung eines Tempolimits auch um die Minderung des Schadstoffausstoßes geht. Deutschland hat das Kioto-Protokoll unterschrieben, durch das die EU dazu verpflichtet wird, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2010 um 8 Prozent zu verringern. Mit der Einführung des Tempolimits könnten wir einen Beitrag dazu leisten, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Darüber hinaus gäbe es einen anderen positiven Effekt für die Umwelt: Es käme zu einer Eindämmung des Verkehrslärms, was insbesondere den Menschen und Tieren in der Nähe von Autobahnen zugute kommen würde.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf: Freie Fahrt für Tiere!)

Nicht zu vergessen sind die knappen Rohstoffe. Die aktuellen Themen,

zum Beispiel die Entwicklung der Mineralölpreise, zeigen: Es wird alles teurer.  
Durch Raserei erhöht sich der Verbrauch des ohnehin knappen Mineralöls.  
Auch aus diesem Grund sollte ein Tempolimit eingeführt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Martin Schmitz (KVP) meldet sich zu  
einer Zwischenfrage)

Damit noch Zeit für Zwischenfragen bleibt, möchte ich zum Schluss  
kommen: Jeder ökologisch Denkende in diesem Hause sollte sich durch sein  
Gewissen verpflichtet sehen, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Bitte schön.

**Martin Schmitz (KVP):** Meine Anmerkungen beziehen sich auf den  
ökologischen Aspekt. Erstens. Sie haben von Menschen und Tieren in der  
Nähe von Autobahnen gesprochen. Ich denke, einem Tier ist es egal, ob es von  
einem Auto mit einer Geschwindigkeit von 120 oder 180 km/h überrollt wird.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Zweitens. Auch für die Menschen, die in der unmittelbaren Umgebung  
von Autobahnen wohnen, macht die Geschwindigkeit keinen großen  
Unterschied aus; denn die Lärmbelastung ist bei 120 km/h nicht viel niedriger  
als bei 180 km/h.

(Zuruf: Das stimmt doch gar nicht! - Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Um den anderen Kollegen ebenfalls die Möglichkeit zu bieten, sich zu äußern, bitte ich darum, sich auf eine kurze Frage zu beschränken.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Martin Schmitz (KVP):** Ich komme zu meiner Frage: Wie wollen Sie das von Ihnen vorgesehene Tempolimit in finanzieller Hinsicht umsetzen? Die Haushalte der Länder und des Bundes sind bereits gesprengt worden; die Ausgaben sind schon jetzt zu hoch. So ist beispielsweise das Aufstellen von Radarfallen nicht finanzierbar, weil die für den Betrieb dieser Anlagen benötigten Filme extrem teuer sind.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich muss Sie noch einmal daran erinnern, dass Sie sich auf eine kurze Frage beschränken sollten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Martin Schmitz (KVP):** Wie soll die Umsetzung realisiert werden?

**Kevin Neuhaus (ÖSP):** Ich kann nicht erkennen, dass durch die vorgesehene Einführung des Tempolimits zusätzliche Kosten entstehen würden. Die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit wird durch die Radaranlagen überprüft; sie müssen lediglich auf die entsprechende Geschwindigkeit eingestellt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Teilnehmern)

Im Gegenteil: Das Modell führt zu Kosteneinsparungen, weil der bisher notwendige Schilderwald - zum Beispiel Hinweisschilder für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 160 km/h - entfällt. Das sind doch positive Effekte.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Kollege, lassen Sie noch eine Zwischenbemerkung einer Kollegin zu?

**Kevin Neuhaus (ÖSP):** Ja.

**Pauline Striegler (APD):** Ich möchte dazu anmerken, dass ich kein Verständnis dafür habe, dass Sie den Änderungsantrag der ÖSP-Fraktion, obwohl der Kollege bereits zugegeben hat, dass es keine Glanzleistung war, immer wieder als schlecht anprangern. Das ist aus meiner Sicht inkompetent.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Schlimm finde ich auch Ihre Zwischenrufe; das ist keine gute Art des Umgangs. Man sollte sich zu Wort melden und seine Meinung äußern. Ich finde, wir sollten uns darauf besinnen, wer wir sind und was wir hier machen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Kollege Neuhaus, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Aber vielleicht wollen Sie noch einen Schlusssatz sagen.

(Enak Ferlemann (KVP) meldet sich zu einer  
Zwischenfrage)

- Die Redezeit ist abgelaufen. Deshalb sind keine weiteren Zusatzfragen möglich.

**Kevin Neuhaus (ÖSP):** Lassen Sie mich abschließend festhalten, dass es im Sinne meiner Fraktion ist, der Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses nicht zu folgen und stattdessen dem von unserem Koalitionspartner vorgelegten Änderungsantrag zuzustimmen. Ich hoffe, dass auch Konservative diesem Antrag zustimmen werden. Sie sollten nicht dem Fraktionszwang folgen, sondern Ihrem Gewissen verpflichtet ökologisch handeln; denn die Umwelt ist eines der wichtigsten Güter der Welt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Das Wort hat Helmut Richter, LRP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Ein Teilnehmer meldet sich zu einer  
Zwischenfrage)

- Ich muss noch etwas zur Geschäftsordnung anmerken: Es ist nicht möglich, eine Zwischenfrage zu stellen, bevor der Redner mit seinen Ausführungen begonnen hat. Zwischenfragen beziehen sich grundsätzlich auf die

Ausführungen des Redners. Deswegen bitte ich, dem Redner erst einmal die Chance zu geben, mit seinem Beitrag zu beginnen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Zuruf: Es ist keine Zwischenfrage!)

**Helmut Richter** (LRP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte um einen kurzen Applaus für die „Fairness und Kompromissbereitschaft“ der APD bitten, die uns in den Rücken fällt, indem sie heute gegen den Änderungsantrag stimmen will, nachdem sie uns gestern den Konsens aufgezwungen hat.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich bin gespannt, wie die Redner, die gestern mit uns im Ausschuss das Thema beraten haben, dies rechtfertigen werden. Mit Argumenten wie „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ können wir nichts anfangen. Ihnen fehlt es letztlich an Format.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Eine Teilnehmerin meldet sich zu  
einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin zu?

**Helmut Richter** (LRP): Nein, am Anfang meiner Rede möchte ich sie noch nicht zulassen.

Wenn Sie die Änderungsanträge durchgesehen sind, dann werden Sie

bemerkt haben, dass wir keinen Änderungsantrag vorgelegt haben. Auch wenn einige Punkte des im Ausschuss gefassten Beschlusses gegen unsere Linie sprechen, halten wir uns an die vereinbarten Kompromisse.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich möchte kurz etwas zu dem Inhalt des Gesetzentwurfs anmerken, in den - darüber sind wir sehr glücklich - viele liberale Ansätze, die für die deutsche Politik bedeutsam und wichtig sind, eingeflossen sind. Solche Ansätze sind zum Beispiel die grundsätzliche Abneigung gegenüber einer symptomatischen und operativen Behandlung eines Problems, die nur oberflächlich und populistisch erfolgt und in Form von Paragraphen unter das Volk gestreut wird. Wir wollen das Problem an der Wurzel anpacken. Autofahrer, die so verantwortungslos sind, Tempolimits zu überschreiten, auch wenn diese nicht gesetzlich festgeschrieben sind, würden sicherlich genauso verantwortungslos geltendes Recht brechen. Deshalb ist eine gesetzliche Regelung an dieser Stelle überflüssig.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich denke, wir sollten uns nicht zu sehr in den Bereich der Regelungen und Kontrolle begeben; vielmehr sollten wir auf die Einsicht der Bürger hoffen. Wir sollten den Bürgern vertrauen; sie haben uns schließlich gewählt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Auch wenn Sie es vielleicht vergessen haben: Wir haben den Auftrag, Gesetze für die Bürger zu machen; diese müssen klar und vernünftig sein. Ein

Autofahrer, der bei besten Straßenbedingungen, einer geraden Fahrspur und geringem Verkehrsaufkommen, gezwungen ist, 130 km/h zu fahren, wird den Sinn des Gesetzentwurfs nicht verstehen. Ich verstehe ihn im Übrigen auch nicht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Zwar steht auch für uns das menschliche Leben an erster Stelle, aber solange diese Priorität gewahrt bleibt, haben wir Spielraum, auch wirtschaftliche Fragen zuzulassen. Die Wirtschaftlichkeit des Systems kann, wie beschlossen, durch eine dynamische Verkehrssicherung am besten durchgesetzt werden.

Wir treten insgesamt für eine weitsichtigere Wirtschaftspolitik ein. Auch wenn niedrigere Geschwindigkeiten Kostenersparnisse ermöglichen sollten, wovon ich nicht unbedingt ausgehe -

(Eine Teilnehmerin meldet sich zu einer  
Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Lassen Sie eine  
Zwischenfrage zu?

**Helmut Richter** (LRP): - nein -, haben zusätzliche Belastungen der  
Wirtschaft einen sehr negativen Einfluss auf die Staatshaushalte.

Unsere wichtigste Tugend ist der gestern gefundene Kompromiss, dem  
auch Sie zugestimmt haben.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wie wir wissen, kann nur eine möglichst breite Basis den Erfolg des Gesetzes gewährleisten. Die Zusammenarbeit im Ausschuss war erfolgreich; unter der Voraussetzung, gemeinsam für ein möglichst gutes Gesetz für den Bürger zu kämpfen, wurde ein Kompromiss erarbeitet. Ich denke, Sie hätten dieses Ziel beibehalten sollen, statt sich in einen überspitzten Idealismus hineinzusteigern und sich von der Orientierungslosigkeit, die momentan in Ihrer Partei vorherrscht, anstecken zu lassen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Helmut Richter** (LRP): Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. - Sie sollten vielmehr die Komplexität berücksichtigen und die Vorzüge eines solchen Kompromisses, der sich auf eine breite Basis stützt, erkennen. Deshalb bitte ich Sie, für die Empfehlungen des Ausschusses und damit für Ihre eigenen Empfehlungen zu stimmen und eine gute Politik für Deutschland zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Oliver Lehmann (ÖSP) meldet sich zu  
einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich kann keine Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen zulassen, wenn die Redezeit bereits abgelaufen ist.

Das Wort hat der Kollege Dr. Rudi Berger, APD.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Dr. Rudi Berger** (APD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich auf Folgendes aufmerksam machen: Im Änderungsantrag zu § 2 des Gesetzentwurfs steht, dass für leichte Nutzfahrzeuge eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h gilt. Wir hatten uns aber gestern in der Fraktion auf 110 km/h geeinigt. Ich gehe davon aus, dass es sich hier um einen Druckfehler handelt.

Des Weiteren ist § 4, der offenbar bei der Drucklegung abhanden gekommen ist, mit folgendem Wortlaut einzufügen:

Deutschlandweit gilt auf allen Verkehrswegen zu jeder Tageszeit eine Beleuchtungspflicht für motorisierte Kraftfahrzeuge aller Art. Das Nähere regelt der Bundesverkehrsminister per Verordnung.

Ich möchte nun zunächst auf die Ausführungen des Kollegen Helmut Richter von der LRP eingehen. Sehr geehrter Herr Richter, Sie können uns nicht verbieten, dass wir über Nacht klüger werden und unsere Ansichten ändern.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die Regierung, die von uns, der APD, und unserem treuen und loyalen Koalitionspartner, der ÖSP, gebildet wird, bringt den Gesetzentwurf zur Neuregelung der Geschwindigkeitsbegrenzung nicht nur aus ökologischen und

umweltpolitischen Gründen ein. Der Gesetzentwurf unterstreicht gleichzeitig unser aller persönliches Bestreben nach stetig steigender Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Ein Teilnehmer meldet sich zu einer  
Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Dr. Rudi Berger (APD):** An dieser Stelle noch nicht. - Gerade das sollte auch in Ihrem Interesse, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Volkspartei, sein. Das angestrebte Tempolimit von 140 km/h steht für mehr Verkehrssicherheit; das sollte doch unser Ziel sein.

Sie müssen mir doch beipflichten, dass zwischen 80 und über 200 km/h variierende Geschwindigkeitsbegrenzungen auf einer Autobahnstrecke einen enormen Risikofaktor darstellen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die tatsächliche Entfernung in Metern zum nachfolgenden Fahrzeug entspricht nicht der zeitlichen Distanz. Das ist die Hauptursache für über 90 000 Todesfälle jährlich allein in der BRD. Diese Zahl müssen wir minimieren.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Helmut Richter (LRP) meldet sich zu  
einer Zwischenfrage)

- An dieser Stelle noch nicht, sehr geehrter Herr Richter.

(Zurufe: Wann denn?)

- Das kann ich entscheiden. Warten Sie doch bitte ab! Sie müssen etwas Geduld haben.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir müssen das Risikopotenzial auf deutschen Autobahnen minimieren. Die BRD gilt als Ausnahme; sie ist das letzte Land ohne Tempolimit. Dafür ist sie weltweit bekannt.

(Zuruf: Das zeichnet uns aus!)

Doch wollen wir wirklich allein dieser touristischen Attraktion wegen unsere Bevölkerung in Gefahr bringen? Ich denke, das wollen wir nicht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Ein Teilnehmer meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Die Redezeit ist leider schon abgelaufen. Deshalb kann ich keine Zusatzfrage mehr zulassen. Der Kollege muss jetzt zum Schluss kommen.

**Dr. Rudi Berger (APD):** Auch wenn uns Statistiken suggerieren, dass Deutschland, gemessen am EU-Durchschnitt, eine geringere Unfallhäufigkeit je Million Einwohner aufweist, muss auch in Deutschland ein Tempolimit eingeführt werden; denn der Komparativ von „sicher“ lautet bekanntlich „sicherer“. Unterstützen Sie unserer Bürger wegen unser Vorhaben und tragen Sie mit zu mehr Sicherheit bei!

Danke.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Das Wort hat Willi Winkler,  
KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Willi Winkler (KVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte  
Damen und Herren! Ich möchte der Opposition eines sagen: Ich bin von Ihnen  
maßlos enttäuscht.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die ausgewiesenen Wirtschaftsexperten Ihrer Fraktion - Herr Dr. Berger, der  
schon aufsteht, und Herr Lindner - sind gestern zu uns gekommen und haben  
einen Kompromiss angeboten, von dem sie jetzt nichts mehr wissen wollen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Zuruf: Stimmt doch gar nicht!)

Sie erkennen nicht an, was führende Wirtschaftspolitiker sagen: Eine  
Tempobegrenzung bringt keine nennenswerte Treibstoffeinsparung.

(Widerspruch bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Berücksichtigt man nur den Autoverkehr, liegt die Einsparung bei 2 Prozent.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Willi Winkler (KVP):** Ja, gerne.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Hans Meiser (APD):** Werter Kollege, zum einen möchte ich Ihnen sagen, dass wir nicht die Opposition sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Willi Winkler (KVP): Noch nicht! Da sehen Sie mal, wie weit wir in die Zukunft denken!)

- Das unterstreicht aber auch Ihre Inkompetenz.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zum anderen möchte ich noch einige Bemerkungen machen: Erstens. Auch ich lese den „Focus“.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Volkspartei sollte sich ja für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. 61 Prozent der Deutschen haben sich für ein Tempolimit auf Autobahnen ausgesprochen.

Zweitens. Ich möchte gerne den Auto Club Europa zitieren:

Wenn alle Autofahrer einen streng moderaten Fahrstil einhalten und auf Höchstgeschwindigkeitsfahrten verzichten würden, ließen sich allein in Deutschland

jährlich bis zu 8 Milliarden Liter Sprit einsparen.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Willi Winkler** (KVP): Lassen Sie mich zunächst auf den zweiten Punkt eingehen. Sie haben die Zahl 8 Milliarden Litern Sprit genannt und ich habe von 2 Prozent gesprochen. Sie können sich jetzt ausrechnen, wie viel Sprit in Deutschland verbraucht wird.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Des Weiteren ist ein Tempolimit auch gegen Ihre Klientel. Das war mit Sicherheit ein Vorschlag der ÖSP, der Partei der Besserverdienenden, die teure neue Autos fahren

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

und sich Rechte herausnehmen, die sie anderen vorenthalten. Das ist keine Gleichberechtigung.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Hinzu kommt, dass Deutschland zum Glück immer noch ein Autofahrerland ist, ein Land, in dem die Automobilindustrie, auch wenn sie immer schwächer wird --

(Oliver Lehmann (ÖSP) meldet sich zu einer  
Zwischenfrage)

- Sie brauchen es nicht alle drei Sekunden zu probieren.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Aber es gäbe eine Dame, die zur Geschwindigkeitsbeschränkung eine Zwischenfrage hätte. Ich fände es gut, wenn Sie diese Frage zuließen; denn bisher wird das Thema Geschwindigkeitsbegrenzung von den männlichen Rednern dominiert.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern - Zuruf: Das fänden Sie gut, aber der Redner entscheidet!)

Lassen Sie die Frage zu?

**Willi Winkler (KVP):** Nein. Setzen Sie das nächste Mal bitte Frauen auf die Rednerliste, das würde das Ganze einfacher machen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ein Sechstel der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg hängt direkt oder indirekt von der Automobilindustrie ab. Ich denke, Sie haben bereits genug Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Hinzu kommt, dass individuelle Lösungen besser sind. Es hat keinen Sinn, hier mit Ideologie zu argumentieren. Genau das aber macht Ihr Koalitionspartner.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Viele von Ihnen waren wohl noch nie auf deutschen Autobahnen

unterwegs.

(Widerspruch bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Kaum jemand beachtet die Tempolimits, weil sie häufig unsinnig sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Außerdem: Wenn wir ein generelles Tempolimit von 140 km/h festlegen, bestehen die Menschen auch in Gefahrensituationen auf dieser Geschwindigkeit. Sie sehen dann nicht ein, warum sie bei Nebel langsamer fahren sollen. Sie sagen sich: Ich darf 140 km/h fahren, also fahre ich auch so schnell.

(Zuruf: Fahren Sie etwa ungebremst in einen Stau? -  
Weitere Zurufe)

Ich habe mich über einige Kompromisse, die wir erzielt haben, gefreut. Ich finde es gut, dass für Transporter endlich eine Tempobegrenzung gelten soll. Da ist eine Tempobegrenzung sinnvoll. Sie ist aber nicht sinnvoll für Personenkraftwagen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Sie müssen eines bedenken: Wir leben nicht mehr in dem goldenen Zeitalter der 80er- und 90er-Jahre. Wir haben große wirtschaftliche Probleme. Da nützt es nichts, wenn wir zentral Regulierungen vornehmen. Was Ihnen vorschwebt, kommt einer Entmündigung des Bürgers gleich. Der Bürger fühlt sich von uns nicht mehr ernst genommen. Daran sind Sie und Ihre Politik schuld.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir müssen individuelle Lösungen finden. Ich denke, mit der Straßenverkehrsordnung haben wir momentan eine gute Gesetzesgrundlage. Sie schreibt eine angepasste Geschwindigkeit vor. Die Geschwindigkeit kann also durchaus auch 180 oder 200 km/h betragen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich möchte Sie zum Abschluss bitten, nicht nach Ideologie zu entscheiden, sondern nach Vernunft.

(Zuruf: Das tun wir!)

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich muss jetzt auch einmal an die Vernunft appellieren. Wir bekommen nämlich ein kleines Problem. Ich begrüße leidenschaftliche Debatten; ich finde sie wunderbar. Wir haben aber einen sehr strengen Zeitrahmen. Wenn die Leidenschaft so weitergeht, dann werden wir den letzten Gesetzentwurf nicht mehr diskutieren können. Das wäre jammerschade für alle diejenigen, die an diesem Gesetzentwurf mitgearbeitet haben. Deshalb bitte ich, die Leidenschaft in Bezug auf Zwischenfragen bei den letzten drei Rednern zu diesem Gesetzentwurf zu bremsen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Das Wort hat Hans Neuner, APD.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Teilnehmern)

**Hans Neuner** (APD): Genossinnen und Genossen! Liebe Mitglieder des Plenums! Frau Präsidentin! Ich habe mir überlegt, diese Debatte ein wenig aufzulockern, indem ich ein paar positive Aspekte nenne.

Ich habe mir vorgenommen, etwas über die Geschwindigkeitsbegrenzung für Nutzfahrzeuge zu sagen, die wir bis jetzt noch nicht angesprochen haben. Im Gesetzentwurf ist für leichte Nutzfahrzeuge von 2,8 bis 3,5 Tonnen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 110 km/h vorgesehen. Das finde ich durchaus gut;

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

denn diese Kleinlastler sind Zeitbomben auf unseren Autobahnen. Es werden immer mehr solcher Fahrzeuge gefahren. Auch bedingt durch die EU-Osterweiterung wird es verstärkt zu Schwerlastverkehr und Kurierfahrten auf unseren Autobahnen kommen. Diese Fahrzeuge werden oft mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren. Ihre Bremsen sind aber nicht für Fahrten mit viel Ladung bei hoher Geschwindigkeit ausgelegt. In solchen Situationen haben sie einen unvorstellbar langen Bremsweg. Dadurch stellen sie auf den Autobahnen natürlich eine große Gefahr für die anderen Verkehrsteilnehmer dar.

Ich bin positiv überrascht, dass diese Regelung so breite Zustimmung gefunden hat. Nur die Liberalen sehen darin eine Hemmung der Wirtschaft. Das möchte ich dementieren. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass es für die Unternehmen vonnöten ist, dass diese Kleinlastler schneller als 110 km/h fahren. Durch die Geschwindigkeitsbegrenzung für diese Fahrzeuge gäbe es mehr Sicherheit auf unseren Straßen; das ist auch bewiesen.

Ich möchte auch noch auf das Thema Beleuchtung eingehen, das noch gar nicht zur Sprache gekommen ist. Es gibt aus dem Verkehrsausschuss den Vorschlag, eine generelle Lichtpflicht auf deutschen Straßen einzuführen. Mit diesen beiden Regelungen, der Geschwindigkeitsbegrenzung für Kleinlaster und der Lichtpflicht vielleicht auch für alle Fahrzeuge - ich hoffe sehr, dass dieser Vorschlag angenommen wird; denn er kommt von meiner Fraktion -, lässt sich schon eine um einiges größere Sicherheit im deutschen Straßenverkehr herstellen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Irgendjemand hatte in Bezug auf die Einführung eines generellen Tempolimits von einem Bruch mit einer Tradition gesprochen; denn wir haben im Gegensatz zu allen anderen Ländern der Welt kein Geschwindigkeitslimit. Der Begriff Tradition bedeutet ja nicht, Altes zu bewahren, sondern, eine Flamme am Leben zu erhalten. Das heißt, Innovationskraft muss eingebracht werden. Dass wir dies tun, haben wir mit unserem Antrag bewiesen. Die von uns vorgeschlagene Regelung würde sich positiv auf die Zahl der Todesopfer im Verkehr und auf den Umweltschutz auswirken. Deshalb bin ich für den Antrag unserer Fraktion.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Das Wort hat der Kollege Gunter Hopfenhuber, KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Gunter Hopfenhuber (KVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die KVP-Fraktion lehnt, wie heute schon mehrfach betont, jegliche allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf deutschen Autobahnen ab.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es gibt inzwischen leider nur noch einen Antrag, der in diese Richtung geht. Für diesen Antrag gibt es jedoch gute Gründe, die ich als Mitglied des Umweltausschusses hier noch einmal ansprechen möchte. Unsere Kollegen aus den Reihen der Grünen, der ÖSP, bieten leider keine ökologisch sinnvolle Alternative an.

Wir müssen uns einmal überlegen, was eigentlich passiert, wenn wir eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen festlegen: Unsere Bürgerinnen und Bürger nehmen dann keinen Umweg mehr in Kauf, um auf einer unserer immer noch viel zu wenigen Autobahnen mit hoher Geschwindigkeit schnell an ihr Ziel zu kommen. Stattdessen wird sich der Verkehr auf die Landstraßen verlagern und dort für eine höhere Lärmbelästigung sorgen. Es wird ein ständiges „Stop and Go“ durch unsere Wälder geben.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wenn ich mir vorstelle, was das für meine Heimatstadt, das wunderbare bayerische Mittenberg, bedeutet, drehen sich meine Gedärme um, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Da die APD vorhin so hochtrabend Innovation gefördert - gefordert hat

(Zuruf: Auch gefördert, vollkommen richtig! - Beifall  
bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

- schön wäre es, Herr Kollege -, möchte ich noch etwas zum Thema Innovation sagen. Ich möchte, dass wir uns hier vor allem auf unsere Stärken besinnen. Eine unserer Stärken ist die deutsche Automobilindustrie, die nicht nur über eine halbe Million Arbeitsplätze in unserem Land schafft, sondern auch besonders innovativ und zukunftsprägend ist und neuerdings wirklich schadstoffarme Autos produziert. Diese Autos müssen allerdings auch von den Leuten gekauft werden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Dafür müssen wir Anreize setzen. Welche Anreize gibt es? Sie hatten einen Vorschlag gemacht: eine hochrangige Regulierung. Es gibt allerdings einen deutlich besseren Anreiz, der wirklich ziehen wird: Das ist Zeit; denn Zeit ist Geld.

(Nora Wagner (ÖSP) meldet sich zu einer  
Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Lassen Sie eine Zwischenbemerkung zu?

**Gunter Hopfenhuber (KVP):** Noch einen Moment. - Ein schnelles Ankommen am Ziel, mit einer erhöhten Geschwindigkeit, ist ein Grund, sich ein neues, ökologisch sinnvolles Auto zu kaufen. - Bitte.

**Nora Wagner (ÖSP):** Ich will nur darauf hinweisen, dass nach unserem Vorschlag auf Autobahnen 140 km/h und auf Landstraßen immer noch

100 km/h gefahren werden dürfen. Eine Landstraße führt oft durch Ortschaften, in denen andere Geschwindigkeitsbegrenzungen gelten. Ich denke, jeder fährt doch lieber kontinuierlich eine Geschwindigkeit als mit diesen Unterbrechungen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Gunter Hopfenhuber (KVP):** Da kann ich Ihnen leider nicht zustimmen. Es gibt viel zu wenige Autobahnen in diesem Land und die Wege bis zur Auffahrt sind lang.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Für die Benutzung der Autobahnen muss man meist einen deutlichen Umweg in Kauf nehmen. Wenn es eine Direktverbindung gibt, auf der man mit gerade einmal 40 km/h weniger fahren kann, dann ist das für Autofahrer, die schöne Landschaften bevorzugen, eindeutig die bessere Alternative. Wir müssen Anreize schaffen, damit der Verkehr auf den Autobahnen bleibt, damit er sich dort bündelt, damit gut ausgebaute Straßen genutzt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Gunter Hopfenhuber (KVP):** Sie sehen also, es gibt gute Gründe gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Ich hoffe, dass auch die Kollegen von der ÖSP unserem Entwurf zustimmen werden; denn eine

Geschwindigkeitsbegrenzung kann der Ökologie nur schaden.

Es gab gestern in mehreren Ausschüssen schon gute Kompromisse. Schade, dass gerade die APD und nun auch die ÖSP daraus ausscheren wollen. Wir bieten die ökologische Alternative, die uns weiterbringt.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Sie müssen zum Schluss kommen. Wir sind mit 15 Minuten deutlich in Verzug. Zudem gibt es eine Vereinbarung der Fraktionsvorsitzenden, dass keine Zwischenfragen mehr zugelassen werden.

**Gunter Hopfenhuber (KVP):** Stimmen Sie für Ökologie, Fahrspaß und innovative Wirtschaftskraft! Stimmen Sie für den Antrag der KVP!

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Tobias Lindner, APD.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Tobias Lindner (APD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin Kastner! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Was lange währt, wird endlich gut. Wir haben das Tempolimit jetzt in der Koalition aus ÖSP und APD beschlossen und einen entsprechenden Antrag eingebracht. Das Tempolimit ist sowohl unter Sicherheitsaspekten - wer langsamer fährt, hat einen längeres Leben- als auch ökologisch sinnvoll; denn wer heizt, bezahlt viel für Sprit und belastet die Umwelt in stärkerem Maße.

(Zuruf: Sie brauchen doch die Steuereinnahmen!)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit; Sie können hier noch etwas lernen. - Auch Nachhaltigkeitsfaktoren sind zu berücksichtigen. Ich denke, gerade angesichts des steigenden Verkehrsaufkommens in Deutschland muss ein Tempolimit her. All diese Punkte sind bereits genannt worden.

(Ein Teilnehmer meldet sich zu einer Zwischenfrage)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Ich bin ein bisschen überrascht. Die Fraktionsvorsitzenden haben vereinbart, dass keine Zwischenfragen mehr zugelassen werden.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Tobias Lindner (APD):** Ein Wort an die liebe Opposition in Gestalt der KVP und der LRP: Ich muss persönlich zugeben, dass es mir Leid tut, dass wir den Kompromiss, den wir gestern gefunden haben, nicht mittragen. Ich hätte ihn gerne unterstützt.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Allerdings wurde in der Fraktionssitzung ein deutlich besserer Vorschlag von der Koalition vorgelegt

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

und wir haben, wie schon Kollege Rudi Berger sagte, das Recht, unsere Meinung zu revidieren und intelligenter zu werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Liebe Opposition, ich kann mich für Ihre Äußerung im Hinblick auf Ihr Rechtsempfinden nur bedanken. Sie sagen, ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen würde die Leute geradezu zum Rasen einladen. Liebe Opposition, das ist ein Totschlagargument. Genauso könnte man sagen, dass durch ein Gesetz gegen Gewalt gerade zu Gewalttaten eingeladen wird. Mit einem solchen Argument könnte man jedes Gesetz in der Bundesrepublik Deutschland abschaffen. Damit wäre das Grundgesetz mit allen Zusätzen überflüssig.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wie Sie sehen, einigen wir uns durchaus. Vonseiten der ÖSP hieß es ja, dass auch Kraftfahrzeuge, die der Euro-5-Abgasnorm entsprechen, unter diese Regelung fallen sollen. Darüber können wir uns notfalls noch im Parlament einigen.

Bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, kann ich leider keinen Willen zur Einigung erkennen. Die LRP setzt, natürlich zu Recht, auf die Einsicht der Bürger. Auf der anderen Seite aber sagt die KVP, dieses Gesetz lade geradezu zum Rasen ein, und geht von der Nichteinsicht der Bürger aus. Da möchte ich doch fragen: Wer hat hier eigentlich Gleichheit und Einigkeit ins Spiel gebracht? Wir können es generell nicht zulassen, dass wenige mit ihren Autos auf Kosten der Allgemeinheit, von der viele in PS-mäßig schwächeren Autos unterwegs sind, rasen und damit andere Menschenleben gefährden.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Tobias Lindner (APD):** Ja, ich sage nur noch meinen Schlusssatz:

Kollege Müntefering sagte eben sehr richtig: Wandel bedeutet Zukunftsfähigkeit. Sie zeigen hier eine sehr große Wandlungsangst.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

„Wandel bedeutet Zukunftsfähigkeit“ ist nämlich, wie ich denke, ein Plädoyer für das Tempolimit, um die Sicherheit unserer Bürger auch in kommenden Jahren zu gewährleisten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:** Wir kommen zur Abstimmung über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuregelung der Geschwindigkeitsbegrenzungen für Kraftfahrzeuge, Drucksache 1/4. Der Verkehrsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 1/8, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Es liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der APD auf Drucksache 1/15: Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist damit mit den Stimmen der Koalition bei einigen Gegenstimmen angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der Änderungsantrag auf Drucksache 1/16 ist zurückgezogen worden, ebenso der Änderungsantrag der Fraktion der ÖSP auf Drucksache 1/17.

Wir kommen deshalb jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag

der Fraktion der APD auf Drucksache 1/18. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Koalition bei etlichen Enthaltungen angenommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der APD auf Drucksache 1/19: Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist ebenfalls mit den Stimmen der Koalition bei etlichen Enthaltungen angenommen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der Änderungsantrag der ÖSP auf Drucksache 1/20 ist zurückgezogen worden.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. -

(Tobias Lindner (APD): Die Haltung der KVP „Wir sind dagegen“ steht!)

Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit der Mehrheit der Stimmen des Hauses angenommen.

Es ist beantragt worden, sofort in die dritte Beratung einzutreten. Wir stimmen zunächst über den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung ab. Der Antrag bedarf zu seiner Annahme wiederum der Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden. Diese Mehrheit ist auch deshalb erforderlich, weil von der für die Antragstellung geltenden Frist abgewichen werden soll. Wenn also

heute abschließend über den Gesetzentwurf abgestimmt werden soll, müssen Sie mit Ja stimmen. Wer stimmt für den Antrag auf sofortigen Eintritt in die dritte Beratung? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen damit zur

### **dritten Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit der Mehrheit der Stimmen des Hauses angenommen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ich übergebe die Sitzungsleitung an meine Kollegin Antje Vollmer. Vielen herzlichen Dank für die lebhaftige Beteiligung.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Einen schönen guten Tag! Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der LRP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Neugestaltung der Bundeswehr**

– Drucksache 1/5 –  
(Erste Beratung 1. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des  
Verteidigungsausschusses

– Drucksache 1/9 –

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der ÖSP sowie ein

Änderungsantrag und ein Entschließungsantrag der Fraktion der LRP vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 30 Minuten vorgesehen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann ist auch so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Abgeordneten Gisela Kaiser von der APD das Wort.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Gisela Kaiser** (APD): Sehr geehrte Frau Bundestagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg zwei kleine Anmerkungen: Auch ich weiß, dass es hier Kolleginnen gibt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Außerdem würde ich gerne Zwischenfragen zulassen, darf das jetzt aber aufgrund der Vereinbarung der Fraktionsvorsitzenden nicht. Ich hätte es nicht nötig, aus Angst solche Fragewünsche durch überhebliches Gehabe zu überspielen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die Streitkräfte erfüllen ihren Zweck auch künftig am besten, wenn sie nicht eingesetzt werden müssen, aber jederzeit eingesetzt werden können. Dieser Ausspruch stammt leider nicht von mir; aber ich kann ihn als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses nur unterstreichen. Er kommt von Herrn Jürgen Reichardt, Generalmajor a. D. und ehemaliger Chef des Heeresamtes, und

fasst die Position der APD sehr gut zusammen. Wir können dem Gesetzentwurf zur Neugestaltung der Bundeswehr weder zustimmen noch wollen wir dies.

Als Hauptargument führen die Befürworter die herrschende sicherheitspolitische Lage an. Wir haben aber auch gesehen, wie schnell sich diese Lage ändern kann. Dass wir jetzt in einer Zeit des Friedens leben, ist zwar schön, darf uns aber nicht dazu veranlassen, blauäugig in die Zukunft zu schauen und einen Schritt zu tun, der uns große Probleme einbringen kann. Deshalb brauchen wir die Wehrpflicht.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Sie gewährleistet, dass die Truppe bei einem Einsatz schnell durch Reservisten aufgestockt werden kann, sei es nun im militärischen Konfliktfall zur Verteidigung unseres Landes, unserer Werte und unserer Bürgerinnen und Bürger oder im Falle des Katastrophenschutzes. Die Bedeutung der Bundeswehr haben wir ja im Falle der Flutkatastrophe erlebt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Eine Aussetzung der Wehrpflicht kommt deshalb unter keinen Umständen infrage.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die rasche Aufwuchsfähigkeit wäre durch die Aussetzung verhindert. Im plötzlichen Gefahrenfall hätten wir über Jahre kein funktionstüchtiges Reservistenheer, auf das wir zurückgreifen könnten. Das geht einfach nicht.

Auch mit der bestehenden Regelung können wir unseren Bündnisverpflichtungen bestens nachkommen. Wir haben genügend gut ausgebildete Zeit- und Berufssoldaten. Aus Erfahrung wissen wir - denken Sie

an den Kosovo oder an Afghanistan-, dass wir uns auf diese Truppen verlassen können und auf sie stolz sein können. Wir brauchen also gar keine Elitearmee. Beachten Sie bitte: Nur 23 Prozent aller 16- bis 20-Jährigen im Westen und 21 Prozent der Gleichaltrigen im Osten sind heute der Überzeugung, dass die Wehrpflicht nicht als Sicherungsmittel gegen internationale Abenteuer wirkt. Die jungen Menschen, die Betroffenen, denken also, dass die Wehrpflicht dazu beiträgt, dass wir nicht in irgendwelche Konflikte verwickelt werden, in die wir besser nicht verwickelt sein sollten, dass also auf diese Weise verhindert wird, dass das Leben unserer Bürger leichtfertig aufs Spiel gesetzt und außenpolitische Möglichkeiten durch einen leichtfertigen Einsatz verspielt werden.

In Anbetracht dieser Tatsache möchte ich hier betonen, dass die Aussetzung der Bestimmungen des Art. 12 a des Grundgesetzes als wenig sinnvoll zu betrachten ist. Die gestern zur Sprache gebrachte Streichung des Artikels, die eine Änderung des Grundgesetzes voraussetzt, ist als vollkommen absurd zu bezeichnen. Das kann nicht im Sinne unseres Volkes sein.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern- Zuruf von der ÖSP: Sind denn  
Wehrpflichtige im Ausland tätig?)

Neben der veränderten sicherheitspolitischen Lage führen die Befürworter dieses Antrages sehr gerne Argumente zu finanziellen Aspekten an. Geld soll gespart und bzw. oder für die Modernisierung und Aufstockung der Ausrüstung eingesetzt werden. Dabei ist aber zu bedenken, dass eine so gewaltige Reform erstens eine enorme Anschubfinanzierung braucht und zweitens so keineswegs eine Begrenzung der jeweils jährlich fälligen Kosten erreicht wird. 50 Prozent aller heutigen Offiziersbewerberinnen und -bewerber waren Wehrdienstleistende. Der Wehrdienst erspart dem Staat im wahrsten

Sinne des Wortes teure Rekrutierungs- und Werbemaßnahmen. Welche Aufgaben, Ausgaben und Schwierigkeiten da auf uns zukommen würden, können Sie sich gerne bei unseren europäischen Nachbarn anschauen, die trotzdem von den Befürwortern einer Berufsarmee immer wieder ins Feld geführt werden.

Gerade mit Blick auf andere Nationen möchte ich Sie noch einmal auf die spezifische deutsche Situation aufmerksam machen und Sie an unsere Geschichte erinnern. Wie Sie alle wissen, gab es in Deutschland schon Berufsarmeen. In der Weimarer Republik war die Reichswehr ein Staat im Staate, eine Keimzelle für antidemokratische und rückwärts gerichtete Kräfte. Wir möchten nicht, dass sich diese Entwicklung wiederholt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Unsere Streitkräfte müssen in unserer Gesellschaft verankert sein. Sie müssen sie repräsentieren und von ihr auch akzeptiert werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Auch ich danke, besonders für Ihre Disziplin. Sie haben, wie gerade vereinbart wurde, sogar eine Minute Redezeit gespart.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Markus Burgmeier.

**Markus Burgmeier (KVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren an dieser Stelle darüber, ob die Wehrpflicht und damit auch automatisch der Zivildienst ausgesetzt werden soll. Ich möchte

Ihnen nun kurz skizzieren, warum wir von der Konservativen Volkspartei dieser Gesetzesvorlage nicht zustimmen können.

Zunächst einmal muss man wissen, dass die Wehrpflicht das Mittel schlechthin für die Bundeswehr ist, neues Personal zu rekrutieren. Über die Hälfte aller Zeit- und Berufssoldaten gewinnt die Bundeswehr über die Wehrpflicht. Ohne die Wehrpflicht käme die Bundeswehr also in enorme Personalnöte.

Außerdem sind wir von der Konservativen Volkspartei der Meinung, dass der Dienst an der Allgemeinheit, sei es in Form der Wehrpflicht oder des Zivildienstes, ein wichtiger Schritt zum Erwachsenwerden eines jungen Mannes ist und sozial und moralisch erzieherisch und damit prägend für das gesamte Leben wirkt und für die persönliche Entwicklung eines jeden nützlich ist.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Wehrpflicht ist für uns in der Bundesrepublik Deutschland auch deswegen so wichtig, weil die Wehrpflichtigen sozusagen eine stille Reserve darstellen. Momentan leben wir in Frieden und sind zum ersten Mal in unserer Geschichte nur von Freunden umgeben. Wir wissen aber nicht, welchen sicherheitspolitischen Schwierigkeiten wir mittel- oder langfristig ausgesetzt sind. Deshalb können wir nicht auf die Wehrpflicht verzichten.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Außerdem haben die vergangenen Hochwasserkatastrophen an Elbe und Oder gezeigt, wie sehr wir auf die Wehrpflichtigen angewiesen sind. Ohne unsere Wehrpflichtigen hätten diese Katastrophen noch weit größere Ausmaße angenommen, sodass wir auch beim Katastrophenschutz auf unsere Wehrpflichtigen angewiesen sind.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern- Zuruf von der ÖSP: Wir haben doch  
das THW!)

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Wehrpflicht ist die Verknüpfung der Bundeswehr mit der Gesellschaft. Wohin eine reine Berufsarmee führen kann, zeigen die aktuellen Vorfälle im Irak. Ich verweise nur auf die Vorgänge im Gefängnis Abu Ghureib. Von daher halten wir es für sehr wichtig, dass die Bundeswehr durch die Wehrpflicht mit der Gesellschaft verknüpft bleibt, damit sich solche Vorfälle gar nicht erst ereignen.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Zum Schluss möchte ich noch auf den Zivildienst zu sprechen kommen. Ich denke, es wird keiner hier im Hause der Aussage widersprechen, dass wir ohne Zivildienstleistende das derzeitige soziale Niveau in Deutschland nicht halten können. Wir sind auf die billige Arbeit der Zivis angewiesen.

(Widerspruch und Lachen bei Abgeordneten der  
APD)

- Verzeihung, „billig“ meinte ich im finanziellen Sinne; die Arbeit ist natürlich sehr hochwertig, engagiert und qualifiziert. - Ohne unsere Zivis könnten wir diesen Standard in Deutschland nicht halten. Auch deshalb brauchen wir die Wehrpflicht bzw. den Zivildienst.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Deswegen appelliere ich an alle hier im Hause, aus Verantwortung für Deutschland und für die Bevölkerung gegen den Antrag der LRP und für die Wehrpflicht zu stimmen.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Holger Becker, ÖSP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Holger Becker (ÖSP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst mit einigen Worten auf meine Vorrednerin Frau Gisela Kaiser eingehen, auch wenn sie gerade aus dem Saal gegangen ist. Zum einen ist mir unverständlich, wieso diese Dame einen Putschversuch vonseiten der Bundeswehr wittert. Ich denke, dass der Bundeskanzler sein Mandat so oder so wieder erringen wird und das Vertrauen dieses Hohen Hauses 2006 auch wieder ausgesprochen bekommt. Zum anderen ist festzuhalten, dass Grundwehrdienstleistende nicht im Ausland tätig sind. Dabei handelt es sich um Freiwillige oder ehemalige Grundwehrdienstleistende, die ihre Dienstzeit verlängert haben.

Damit sind wir wieder beim Thema Freiwilligenarmee, die aus Kurzzeitsoldaten und nicht etwa Grundwehrdienstleistenden besteht, wie es uns Frau Kaiser von der anderen Partei weismachen wollte.

(Gisela Kaiser (APD): Das habe ich nicht gesagt!)

Die Debatte, die wir hier führen, wird andernorts schon seit Jahren geführt. Um endlich einmal in dieser Debatte Rechtsfrieden zu schaffen, ist die ÖSP-Bundestagsfraktion einhellig der Meinung, dass die in unseren Augen

verfassungswidrige Wehrpflicht endlich abgeschafft werden sollte.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Abschaffung bedeutet in unseren Augen nicht nur Aussetzung der Wehrpflicht, sondern wir fordern auch die Streichung des Art. 12 a aus dem Grundgesetz.

(Widerspruch bei der KVP)

Freilich brauchen wir dazu eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hause. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat müssen mit gleicher Mehrheit zustimmen. Für eine Zweidrittelmehrheit braucht man entsprechende Argumente. Diese Argumente gibt es. Ich werde sie Ihnen in dem Maße vortragen, wie es meine Redezeit zulässt.

Die Frage, die sich immer wieder stellt, ist die nach den Kosten. Ich sage Ihnen: Kosten durch die Abschaffung der Wehrpflicht entstehen nicht. Im Gegenteil: Wir sparen sogar noch Geld.

(Horst Almeroth (KVP): Es wird teurer durch die  
hohen Anwerbungskosten!)

Zurzeit investieren wir Unmengen an Steuergeldern, um einen Verwaltungsapparat zu finanzieren, der Musterung, Einberufung, Wehrüberwachung und weitere Maßnahmen zur Organisation der Wehrpflicht bewältigt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wenn dieser Verwaltungsapparat abgeschafft oder zumindest umstrukturiert würde, würden wir enorm viele Steuergelder sparen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Personalkosten werden ja immer dann angeführt, wenn es darum geht, steigende Kosten aufzufangen. Ich möchte Ihnen einen Vergleich bringen: Unsere Wehrpflichtigen leisten einen neunmonatigen Grundwehrdienst; davon sind sie, wenn überhaupt, maximal drei Monate bedingt einsatzfähig. Dem stellen wir einmal einen Zeitsoldaten entgegen, der zwar die gleiche Ausbildungszeit hat, aber wesentlich länger einsatzfähig bleibt. Man bräuchte deshalb ein Kontingent von 40 000 freiwilligen Zeitsoldaten, während man im anderen Falle 110 000 Wehrpflichtige braucht. Es ist doch ganz offensichtlich, wie hohe Personalkosten hier gespart werden können. Ich habe von einer Freiwilligenarmee mit einer Stärke von 200 000 deshalb nicht gesprochen, weil ich die derzeit schon beschäftigten Berufssoldaten bewusst außen vor lassen möchte. Somit wäre eine solche Berechnung ins Leere gelaufen. Hinzu kommt, dass Wehrpflichtige keine Steuern zahlen und zahlreiche Vergünstigungen erhalten. Die hier eingesetzten Gelder würden wir mit der Abschaffung der Wehrpflicht sparen.

Sparen könnten wir auch, wenn wir jeden Zivildienstleistenden nicht mehr mit 10 000 Euro bezuschussen müssten. Der Zivildienst würde ja letztlich mit der Wehrpflicht abgeschafft werden. Durch eine Ersparnis von 10 000 Euro pro Zivildienstleistenden würde im Bundeshaushalt jährlich zusätzlich 1 Milliarde Euro zur Verfügung stehen. Dieses Geld könnten wir in qualifiziertes Personal im Sozialdienst investieren.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wen dieses Konzept trotzdem nicht überzeugt - hören Sie mir bitte zu! -, der sollte sich fragen, wohin seine Gegenargumente eigentlich führen werden.

Ich sage Ihnen, wohin sie führen: Wir werden die Einschnitte in die Freiheitsrechte unserer Grundwehrdienstleistenden damit rechtfertigen, dass wir hier finanzielle Engpässe zu bewältigen haben.

Damit komme ich zum letzten Thema, zur Wehrgerechtigkeit.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Aber achten Sie bitte auf die Zeit! Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten.

(Beifall)

Noch einen Satzsatz!

**Holger Becker (ÖSP):** Frau Präsidentin, ich werde meine letzten Sätze sagen.

Wehrgerechtigkeit gibt es nicht. Das sagen auch die Wehrpflichtbefürworter.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Ein Informatiker verliert beispielsweise den Bezug zum Beruf, Existenzgründer verlieren ihre Existenz und Künstler haben keine Engagements mehr, wenn sie der Wehrpflicht nachkommen müssen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Änderungsantrag der ÖSP-Fraktion zum Gesetzentwurf der LRP-Fraktion im Deutschen Bundestag zuzustimmen, damit die permanente Wehrgerechtigkeit beendet werden kann.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Ich sage noch einmal für alle:

Offensichtlich ist eine Vereinbarung zwischen Ihren Fraktionsgeschäftsführern getroffen worden, keine Zwischenfragen mehr zuzulassen. Auch mir tut das sehr Leid. Wenn Sie eine Antwort auf Ihre Fragen haben wollen, dann müssen Sie einen Zuruf machen. Wichtig ist, dass die Rednerin oder der Redner den Zuruf akustisch versteht. Die Redner können dann im Rahmen der vereinbarten Redezeit auf die per Zuruf erfolgte Zwischenfrage antworten.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Julian Schröder, LRP.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Julian Schröder** (LRP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg zu meiner Vorrednerin, Frau Kaiser: Sie hat Umfragewerte genannt, die eigentlich sehr unbedeutend sind. Viel wichtiger ist, dass zum Beispiel 50 Prozent der deutschen Bundesbürger der Meinung sind, man solle eine Berufsarmee einführen. Eine Forsa-Umfrage belegt zudem, dass die Wehrgerechtigkeit nicht mehr gegeben ist. Außerdem möchte ich hinzufügen: Wo man jetzt billige Arbeitskräfte hat, sollte man sie durch professionelle ersetzen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Zu meinem Bedauern muss ich feststellen, dass der Verteidigungsausschuss dem Vorschlag der LRP, die Wehrpflicht auszusetzen, nicht gefolgt ist, obwohl wir nach überparteilicher und konstruktiver Ausschussarbeit gemeinsam mit der APD und der ÖSP im Haushaltsausschuss für diesen Vorschlag gestimmt haben,

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

und das nicht ohne Grund; denn Deutschland benötigt eine hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit modernsten Waffen ausgerüstete Bundeswehr, die professionell, flexibel und schnell einsetzbar ist.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich gebe zu bedenken, dass wir keine komplette Abschaffung, sondern eine Aussetzung der Wehrpflicht fordern. So ist gewährleistet, dass man die Wehrpflicht durch ein einfaches Gesetz wieder einführen kann, wenn eine veränderte Bedrohungslage das erforderlich machen sollte.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Aber damit ist zurzeit- zum Glück - nicht zu rechnen.

Die Verteidigung ist nur noch eine von mehreren Aufgaben der Bundeswehr. Daneben sind Krisenbewältigung, Terrorbekämpfung, Friedenssicherung sowie humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe zentrale Aufgaben der Bundeswehr. Außerdem würde die Einführung einer Berufsarmee langfristig zu Kosteneinsparungen führen. Weniger Soldaten mit größerer Einsatzbereitschaft und höherer Qualifikation sind ein wichtiger Punkt. Dies macht Investitionen in die Ausrüstung und insbesondere in die Bewaffnung notwendig.

Klar muss aber auch sein: Der Zivildienst darf kein Argument für die Beibehaltung der Wehrpflicht sein. Die Stellen, die durch die Abschaffung der Wehrpflicht und damit des Zivildienstes frei werden, sollten durch diejenigen, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren- die Nachfrage danach ist im Übrigen höher als das Angebot-, und durch professionelles Personal der Sozialdienste besetzt werden. Das macht das Gesundheitswesen effizienter.

Seien wir doch einmal ehrlich: Wer von uns macht schon gerne eine Arbeit, die ihm aufgezwungen wird? Ein Freiwilliger, der in einem Pflegeberuf tätig ist, findet es beispielsweise wichtig, eine Oma mehrmals in verschiedene Seitenlagen zu bringen.

(Zurufe: Eine ältere Dame, bitte schön!)

Die Folgekosten der Behandlung von durch Pflegefehler verursachten Schäden würden zudem ein Vielfaches höher sein als diejenigen, die entstehen, wenn man professionelle Fachkräfte einsetzt.

Die Wehrpflicht stellt vor allem einen Eingriff in die Freiheitsrechte dar und ist heute ungerechter und willkürlicher denn je. Es gibt einfach keine Wehr- und Dienstgerechtigkeit mehr. Nur noch jeder vierte Mann wird zum Grundwehrdienst herangezogen, weil die Bundeswehr nicht mehr Wehrpflichtige benötigt. Nur etwa zwei Drittel der Wehrdienstverweigerer werden zum Ersatzdienst herangezogen, weil es an Stellen mangelt oder weil sich viele einfach drücken.

Ich appelliere an die Vernunft der APD, die für Solidarität und Gerechtigkeit steht: Lassen Sie uns gemeinsam und überparteilich für die Aussetzung der Wehrpflicht stimmen, weil sie ungerecht ist! Lassen Sie uns langfristig, für die Zukunft, und nicht kurzfristig planen!

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Denn eine Berufsarmee ist kostensparend. Lassen Sie uns gemeinsam die Aussetzung besiegeln, weil Sie selber Kinder haben und weil die bisherige Willkür in Deutschland nicht mehr zu vertreten ist.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Herr Kollege, das war doch ein schöner Schlusssatz. Ihre Zeit ist nämlich abgelaufen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Julian Schröder (LRP):** Ich bitte Sie im Namen der deutschen Jugend, unserem Vorschlag zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Nur so viel: Der Begriff „Oma“ ist parlamentarisch durchaus erlaubt.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Thomas Winkelmann von der KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Thomas Winkelmann (KVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wertes Plenum! Ich gehe gleich auf einen meiner Vorredner ein. Herr Becker von den Grünen, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass sich in einer Schublade direkt vor Ihnen eine Ausgabe des Grundgesetzes befindet, in welchem sich eine gesamte Seite - das ist Art. 12 a - mit dem Wehrdienst beschäftigt.

(Holger Becker (ÖSP): Ich kenne das glücklicherweise auswendig!)

- Okay. - Der Wehrdienst ist also nicht verfassungswidrig; er ist vielmehr in der Verfassung verankert. Er gehört sogar zu den 18 Grundrechten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Art. 12 a ist also genauso berechtigt wie Art. 2 Abs. 1 des Grundgesetzes.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Sie sollten sich bewusst sein, dass Ihre Koalitionsfraktionen die Regierung bilden. Als Hauptargument für die Abschaffung der Wehrpflicht führen Sie immer an, es herrsche keine Wehrgerechtigkeit. Warum haben aber dann weder Sie noch die LRP einen Antrag auf Herstellung und gesetzliche Fixierung der Wehrgerechtigkeit eingebracht?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern - Zuruf)

- Stimmt, Sie wollen das Grundgesetz nicht abschaffen. Aber Sie sollten sich mit Ihrem Koalitionspartner beraten, der die Wehrpflicht aussetzen will.

Sie sagten des Weiteren, es werde keinen Putschversuch mehr in der Bundesrepublik Deutschland geben. Ich gebe Ihnen Recht: Es wird keinen General von Seeckt mehr geben, der sagt: Truppe schießt nicht auf Truppe! Wir werden auch keinen Kapp-Putsch mehr erleben. Das hoffe ich jedenfalls. Angesichts der Berufsarmeen der Amerikaner und der Briten, die als Musterbeispiele angeführt wurden, möchte ich aber darauf aufmerksam machen, dass deren Art und Weise, Konflikte zu lösen - die explosive Auflösung einer afghanischen Hochzeitsgesellschaft oder die Folterung von irakischen Gefangenen -, nicht unbedingt für die moralische Integrität einer Berufsarmee

spricht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich bin der Meinung, dass aufgrund der ständigen Durchmischung mit neuen  
Leuten der Bezug der Bundeswehr zur Gesellschaft eher hergestellt ist.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich möchte mich noch kurz auf den Zivildienst beziehen. Ich hätte es  
gerne gesehen, wenn die LRP einen Antrag eingebracht hätte - das wäre  
ökonomisch und moralisch fundiert gewesen-, der vorsieht, dass - bei  
gleichzeitiger Gewährleistung einer sehr hohen Qualität der Betreuung von  
Pflegebedürftigen - die durch die Abschaffung des Zivildienstes wegfallenden  
Stellen ausgabenneutral, also ohne den Haushalt zu belasten, ersetzt werden.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Danke schön. - Mir liegt eine etwas  
ungewöhnliche Notiz vor: Paul Günther möge sich dringend bei der „echten“  
Abgeordneten Krüger-Leißner melden.

(Heiterkeit)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hans Meiser von APD.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

**Hans Meiser** (APD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Genossinnen und Genossen! Am Anfang möchte ich sagen, dass Zivildienstleistende mit ihren Rechten und Pflichten keine billigen Arbeitskräfte sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Viele Bürgerinnen und Bürger werfen uns in privaten politischen Diskussionen häufig vor, keine konsequente Interessenvertretung zu praktizieren. Die Berechtigung dieses Vorwurfs wird oft bei dem Teil der jungen Generation deutlich, der uns in politischen Diskussionen mit Desinteresse entgegentritt. Der Gesetzentwurf der LRP-Fraktion beschäftigt sich aber konkret mit den Belangen junger Menschen. Auch ich bin als Vater eines 18-Jährigen von diesem Gesetzentwurf konkret betroffen. Das Thema ist mehr als prekär. Das haben unter anderem die äußerst differenten Meinungen in den Beratungen des Verteidigungsausschusses bewiesen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Art. 12 a Abs. 1 des Grundgesetzes zitieren:

Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

Das Grundgesetz besagt also, dass eine generelle Möglichkeit besteht, jeden ab einem entsprechenden Alter zur Bundeswehr einzuziehen. Es ist aber nicht verpflichtend. Dass das derzeitige Mischsystem aus Wehrdienstleistenden sowie Zeit- und Berufssoldaten wichtig und gut ist und dass es sich bewährt

hat, zeigt die Gegenwart

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

- danke schön, liebe Opposition -, und das, obwohl sich der Schwerpunkt des Auftrages unserer Bundeswehr vor allem in den letzten Jahrzehnten von verteidigungspolitischen hin zu sicherheitspolitischen Aspekten bei Auslandseinsätzen verändert hat. Nur die Wehrpflicht drückt den Willen der Bürgerinnen und Bürger aus, in einer Demokratie zu leben, die Verteidigung von Frieden und Freiheit als Aufgabe der gesamten Gesellschaft versteht.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die Bundeswehr als Institution sowie auch die Entscheidungen über Bundeswehreinsätze müssen weiterhin demokratisch legitimiert sein. Des Weiteren besteht ohne Wehrpflicht die Gefahr, dass sich nur solche Menschen freiwillig melden, die den Streitkräften weniger kritisch gegenüberstehen und die von der KVP als „Rambos“ bezeichnet werden. Was uns als der Partei, bei der Solidarität groß geschrieben wird, viel wichtiger erscheint, ist die Tatsache, dass Wehrpflicht und Zivildienst unauflösbar miteinander gekoppelt sind.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die Wehrpflicht ist die einzige Möglichkeit, den für unseren Sozialstaat so wichtigen Zivildienst beizubehalten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Zivildienstleistende sind sehr schwer ersetzbar. Ihr Bild und ihre Funktion haben

sich in den letzten Jahrzehnten positiv relativiert. Galten sie während des Kalten Krieges als blind für die Realität und weichliche Drückeberger, so sind die Zivildienstleistenden nunmehr eine unverzichtbare Säule unseres Sozialwesens. Das Ende der Wehrpflicht würde aber auch das Ende des Zivildienstes bedeuten. Das träfe aber besonders soziale Einrichtungen.

Dass der Zivildienst auch ein Mehr an Betreuungsqualität bedeutet, wurde schon mehrfach - unter anderem von meiner Kollegin Kaiser - erwähnt. Eine Aussetzung der Wehrpflicht würde zu einer Qualitätsreduzierung führen. Daher müssen wir eine kontinuierliche und effektive Betreuung durch Zivildienstleistende garantieren, die zudem als Arbeitskräfte die sozialen Einrichtungen spürbar entlasten. Außerdem dürfen wir den pädagogischen und den sozialisierenden Nutzen nicht unterschätzen, das heißt, dass der Mensch als Homo educandus und Homo soziologicus aus Erfahrung mit schwierigen Lebenswelten lernen kann.

Außerdem gibt die Wehrpflicht die Möglichkeit für Einblicke in die Bundeswehr. So kann man sich ein Bild über Berufe und Tätigkeitsfelder machen.

Auch die Fakten sprechen für eine Ablehnung des uns vorliegenden Gesetzentwurfs der LRP-Fraktion. So sehen 68 Prozent der Wehrpflichtleistenden und 48 Prozent der Berufssoldaten die Wehrpflicht als Sicherung gegen internationale Abenteuer. In den neuen Bundesländern stimmen 60 Prozent für die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Ich möchte zum Ende kommen. Die Bundeswehr befindet sich derzeit in einem umfassenden Reformprozess. Es macht daher überhaupt keinen Sinn, mittendrin die Grundlagen infrage zu stellen.

Die Position des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung gibt uns ebenfalls Recht. Er vertritt die Meinung, dass die Wehrpflicht erhalten

bleiben soll, weil die Bundeswehr einen Querschnitt der Bevölkerung verkörpern bzw. reflektieren soll und weil durch die unauflösbare Verbindung von Wehr- und Zivildienst die soziale Sicherung unseres Landes gewährleistet ist.

Wir müssen unsere Verantwortung der Gesellschaft gegenüber aus sozialen, ökonomischen und verteidigungspolitischen Gründen wahren. Wir können zwar nicht in die Zukunft schauen und vorhersehen, wie sich die Sicherheitslage, derzeit akut bedroht durch den internationalen Terrorismus, in naher und ferner Zukunft gestalten wird. Wichtig ist aber, dass wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Das hat unter anderem die Weimarer Republik gezeigt.

Den Gesetzentwurf der LRP-Fraktion gilt es in der jetzigen Form abzulehnen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Denn mit der Wehrpflicht können und müssen wir dienen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich dem Abgeordneten Hans-Joachim Kaitels das Wort. Er spricht für die KVP.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Hans-Joachim Kaitels** (KVP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen von der APD-Fraktion und von meiner Fraktion haben es schon auf den Punkt gebracht: Deutschland kann es sich nicht einfach leisten, die Wehrpflicht auszusetzen oder sogar abzuschaffen, wie das die Grünen- fälschlicherweise - fordern.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Wir können es uns nicht leisten, auf die starken Verbände der Wehrdienstleistenden zu verzichten. Wie wir gehört haben, gibt es Abgeordnete, die behaupten, wir bräuchten keine Wehrpflichtigen mehr. Aber was wäre denn gewesen, wenn 1997 nicht 30 000 Soldaten sofort zur Verfügung gestanden hätten, als es galt, den Oderbruch zu retten?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Es waren hauptsächlich Wehrdienstleistende, die damals Menschen in Not geholfen haben. Eine Berufsarmee vermag Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, aber sicherlich nicht am Oderbruch.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Andere Abgeordnete behaupten, die Abschaffung der Wehrpflicht werde Geld sparen. Ich verspreche Ihnen eines: Gespart würde durch die Abschaffung der Wehrpflicht höchstens an der Betreuung älterer und behinderter Mitbürger.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Seien wir doch einfach einmal ehrlich: Welche Sozialstation könnte es

sich leisten, auf die Zivildienstleistenden zu verzichten und stattdessen dreimal so teure Fachkräfte einzustellen?

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wenn wir die Wehrpflicht abschafften, wäre eine angemessene und vor allem gute Betreuung nur noch wohlhabenden Menschen vorbehalten. Meine Fraktion könnte dies mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Ich habe in den Ausschüssen immer wieder das Argument gehört, dass die Wehrpflicht zu teuer sei. In Wirklichkeit spart die Wehrpflicht Kosten: Nur aufgrund einer ausreichenden Anzahl an Reservisten ist es uns möglich, in Friedenszeiten die Anzahl an Soldaten gering zu halten.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Wer hier blauäugigerweise behauptet, im vermeintlich sicheren Europa könnten wir auf die Wehrpflicht verzichten - so zu denken ist Wahnsinn -, den kann ich nur warnen. Niemand, der bei Verstand ist, würde die Feuerwehr abschaffen, nur weil es drei Jahre lang nicht gebrannt hat.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Die Wehrpflicht ist also auch im 21. Jahrhundert der richtige Weg zur Wahrung der deutschen Sicherheitsinteressen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und  
Teilnehmern)

Die Umstellung auf eine Berufsarmee würde Unmengen an Geld verschlingen. Dieses Geld haben wir einfach nicht. Wir müssen den Realitäten ins Auge blicken: Auch eine Berufsarmee braucht Geld. Um eine Berufsarmee zu schaffen, müssten wir umstrukturieren, neu ausstatten und modernisieren, damit sie effizient arbeitet. Wenn wir an dieser Stelle Geld investierten, dann hielten wir den EU-Stabilitätspakt erneut nicht ein. Das kann nicht im Interesse einer verlässlichen Haushaltspolitik sein.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Der Wegfall von Zivis würde die Kranken- und Pflegekassen schwer belasten und gute Pflege unbezahlbar machen. Aus Garnisonsstädten würden bei Abschaffung der Wehrpflicht Geisterstädte. Tausende Jobs wären in Gefahr. Das können wir nicht zulassen. Aus diesem Grund appelliere ich an Ihr Verantwortungsbewusstsein. Wir können es uns in der Sicherheitspolitik nicht erlauben, irgendwelche Experimente durchzuführen.

(Beifall bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

Stimmen Sie gegen diesen Gesetzentwurf und für die bewährte Wehrpflicht - aus sicherheitspolitischen, ökonomischen und sozialen Gründen!

Danke.

(Beifall bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der LRP zur Neugestaltung der Bundeswehr auf Drucksache 1/5. Der

Verteidigungsausschuss empfiehlt auf Drucksache 1/9, den Gesetzentwurf abzulehnen. Es liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der ÖSP, Drucksache 1/21: Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen fast des ganzen Hauses gegen die Stimmen der ÖSP und gegen einige Stimmen der APD bei einigen Enthaltungen abgelehnt worden.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der LRP auf Drucksache 1/22: Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der überwiegenden Mehrheit des Hauses gegen die Stimmen der LRP bei einigen Enthaltungen abgelehnt worden.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit der überwiegenden Mehrheit des Hauses bei ganz wenigen Zustimmungen und wenigen Enthaltungen abgelehnt worden. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der LRP auf Drucksache 1/23. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist mit der Mehrheit des Hauses abgelehnt worden.

Wir machen jetzt eine kurze Mittagspause.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen einen schönen weiteren Verlauf des Tages in Berlin.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Beifall - Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

erheben sich)

(Unterbrechung von 12.26 bis 13.34 Uhr)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend und Parlament“!  
Nach zwei Tagen darf ich sicherlich auch sagen: Liebe junge Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Im Rahmen der Auswertung vorhin hat es schon sehr viele Schlussworte und geradezu leidenschaftliche Dankesarien gegeben. Was soll ich noch sagen?

(Heiterkeit)

Es waren zwei Tage „Jugend und Parlament“, viele Stunde anstrengender Debatte im Plenum, in Ausschüssen und in Fraktionen. Ich finde, Sie haben sich mit großer Leidenschaft in Ihre jeweilige Rolle begeben und haben sich auf das Planspiel eingelassen. In eine fremde Rolle zu schlüpfen, deren inhaltliche Ausgestaltung nicht unbedingt den eigenen Überzeugungen entspricht, ist vielleicht schwierig; gleichwohl öffnet das den Blick dafür, warum jemand eine andere Meinung vertritt. Ich habe gelegentlich von mir selbst behauptet, in meinem Kopf habe mehr als eine Meinung Platz. Ich hoffe, es geht auch Ihnen so. Das ist nämlich eine wichtige Voraussetzung der Demokratie.

Demokratie und ihre Regeln sind das genaue Gegenteil von Fanatismus

und Fundamentalismus

(Beifall)

mit ihrer radikalen Behauptung, nur man selber habe Recht und alle anderen hätten Unrecht. Die Demokratie lebt davon, dass im eigenen Kopf mehrere Meinungen Platz finden, jedenfalls so, dass man Argumente anderer teilen oder würdigen kann, auch wenn man seine eigene Meinung, sein eigenes Argument mit Leidenschaft vertritt. Ich hoffe, dass Sie diese Einsicht in den vergangenen zwei Tagen gewonnen haben.

Noch eine zweite Einsicht haben Sie hoffentlich gewonnen: Parlamentarische Entscheidungsprozesse brauchen Zeit und Geduld; denn die dazu notwendigen Diskussionen sind nicht einfach. Die Abstimmung unterschiedlicher Positionen und die Suche nach Kompromissen funktionieren nicht im Hauruckverfahren. Deswegen braucht Demokratie immer beides: Leidenschaft, engagiertes Eintreten für die eigene Auffassung oder für den eigenen Vorschlag und einen langen Atem. Die geschichtliche Erfahrung zeigt übrigens - Sie werden schon so viel Geschichtsunterricht gehabt haben, um das zu wissen -: Parlamente, die nicht streiten, gibt es nur in Diktaturen. Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe in der DDR gelebt. Da gab es auch ein so genanntes Parlament, die Volkskammer. Gestritten haben sich die Mitglieder nie.

Vielleicht nehmen Sie aus Berlin also die notwendige Skepsis gegenüber all jenen mit, die allzu schnelle und allzu einfache politische Lösungen versprechen oder auch populistisch einfordern. Im Zweifel gehen schnelle Lösungen immer zulasten der demokratischen Mitbestimmung. Schnell erfolgt dabei meist nur der Verlust des Respekts vor anderen Meinungen und vor Minderheiten.

(Beifall)

Vielleicht nehmen Sie noch eine andere Einsicht mit, nämlich die, dass nicht Harmonie, sondern friedlicher Streit das Wesenselement von Demokratie ist. In seltenen Fällen glückt es am Schluss, dass man sich einigt, dass man einen Kompromiss erzielt, den alle gut finden, und insofern auch Harmonie eintritt. Aber das ist eher die Ausnahme, obwohl, wie Sie wissen, das Harmoniebedürfnis der Menschen, übrigens nicht nur der Deutschen, riesig ist und alle immerfort vorwurfsvoll fragen: Warum streiten die? Es ist wie im wirklichen Leben: Es gibt unterschiedliche Meinungen, Interessen, Vorschläge. Da nicht einer allein das Recht haben darf, seinen Willen durchzusetzen, muss man miteinander streiten, also debattieren, um sich zu einigen, um einen Kompromiss zu finden oder um am Schluss eine Mehrheitsentscheidung herbeizuführen und so den Streit zu beenden.

Politisches Engagement muss natürlich nicht unbedingt in Parteien beginnen. Genauso wichtig ist das Engagement in Bürgerinitiativen, Verbänden, Kirchen, Sportvereinen, Schülervertretungen oder Gewerkschaften. Sogar in der freiwilligen Feuerwehr kann man sich engagieren, also überall da, wo man Verantwortung für andere, für das Gemeinwesen übernehmen kann. Gerade dieses Engagement im so genannten vorpolitischen Raum ist nicht zuletzt - so meine Erfahrung - eine gute Schule dafür, später Verantwortung im Großen, in demokratischen Parteien und Parlamenten zu übernehmen. Dieses Gefühl der Verantwortung für die gemeinsamen, die öffentlichen Belange kann Ihnen weder ein Lehrbuch - das muss ja immer ein bisschen abstrakt sein - noch ein so genanntes Event, wie es auf Neudeutsch heißt, vermitteln. Die parlamentarische Demokratie, ihre Werte und ihre Funktionsweise sind eben nur durch eigenes Handeln, durch Mitmachen wirklich erfahrbar.

Werbeagenturen können Politik bunt und schick erscheinen lassen; doch die Inhalte bleiben komplex, sperrig, schwer verdaulich. Demokratie - das gilt

auch für dieses Parlament, den Bundestag - ist gelegentlich eine mühselige Angelegenheit und kann nicht immer das durchaus legitime Unterhaltungsbedürfnis von Menschen befriedigen. Ich ärgere mich immer wieder über die Bemerkung, im Bundestag sei es so langweilig. Zwei Tage waren für Sie ganz spannend, aber wenn das Routine wird, dann - das werden Sie schon aufgrund Ihrer Schulerfahrung vermuten - ist es nicht immer so aufregend. Dieser Vorwurf gegen das Parlament ärgert mich; um ein Unterhaltungsbedürfnis zu befriedigen, geht man nicht in den Bundestag, sondern ins Theater, ins Kino oder vielleicht ins Kabarett. Hier im Bundestag geht es um mühselige Auseinandersetzungen, um Streit um Lösungen. Das ist nicht immer unterhaltsam, manchmal schon. Spannung ist also nicht das wichtigste Kriterium; die Inhalte, um die es geht, um die wir streiten, sind wichtig.

Ich hoffe, dass nach zwei Tagen „Jugend und Parlament“ der Parlamentarismus für Sie nicht ein abstrakter Begriff geblieben ist, sondern dass Sie verstanden haben, warum hier so vehement über unterschiedliche Positionen gestritten wird. Wir streiten, weil wir das Ziel haben, dabei für unsere Gesellschaft die besten Lösungen für die Probleme zu finden und den Herausforderungen gerecht zu werden.

Bei den vielen Dankesadressen ist vorhin etwas gesagt worden, was ich aufgreifen will. Was Sie bei Ihrer Arbeit erlebt haben, gilt für die Bundestagsarbeit insgesamt: Sie würde überhaupt nicht funktionieren, wenn es im Hintergrund nicht so viele Helferinnen und Helfer gäbe, die unsere Sitzungen vorbereiten, protokollieren, für die Technik oder die Sitzungsunterlagen sorgen. Sie haben das erlebt und haben Ihren Dank ausgesprochen. Ich schließe mich dem an. Ich danke all denen, die für diese zwei Tage gearbeitet haben. Dafür, dass es so gut funktioniert hat, herzlichen Dank!

(Beifall)

Auch für Sie ein Dankeschön für Ihr Engagement, für Ihren Einsatz, für Ihre Leidenschaft! Wenn Sie Ideen dafür haben, wie wir diese Veranstaltung in Zukunft anders oder besser durchführen können, dann sagen Sie es! Ich habe schon gesehen, dass in den beiden Glaskästen neben dem Stenografentisch bereits eine Menge von Auswertungsbögen ist. Schreiben Sie uns, wenn Sie ausführlichere Änderungsvorschläge haben! Sie werden gelesen, sie werden ausgewertet; denn wir wollen das ja fortführen. Ich habe gehört, dass eine ganze Reihe von Ihnen den Vorschlag unterschrieben hat, eine Art Jugendversammlung durchzuführen. Auch diesen Vorschlag werden wir ernst nehmen.

Bei dieser Gelegenheit sage ich Ihnen nur noch etwas, was jetzt ein bisschen polemisch klingt: Ich erlebe immer wieder, dass beklagt wird, im Bundestag sei die Jugend zu wenig vertreten. Ich sage Ihnen: Das stimmt nicht. Im Bundestag ist nur eine Generation unterrepräsentiert und das ist die der Alten. Sie mögen es nicht glauben, aber es gibt hier nur einen einzigen Abgeordneten, der über 70 ist. Sie alle kennen ihn. Es ist Otto Schily. Wie hoch ist der Anteil der über 70-Jährigen an der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland? Er beträgt doch nicht nur ein Sechshundertstel. Die alte Generation ist also unterrepräsentiert.

Das soll Sie aber nicht abschrecken. Ihren Vorschlag nehme ich ernst. Sie sind diejenigen, die nachrücken werden, wenn es darum geht, die politischen Aufgaben in unserer Gesellschaft zu erfüllen. Ich hoffe, Sie haben in diesen beiden Tagen ein paar Erfahrungen dafür gesammelt sowie Ermunterung und Ermutigung dazu erlebt. In diesem Sinne: Erzählen Sie Ihren Freundinnen und Freunden, Ihren Kolleginnen und Kollegen von Ihren Erlebnissen, Ihren Eindrücken und Ihren Erfahrungen! Seien Sie im besten

Sinne des Wortes Lobbyisten unseres Parlaments!

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Die Sitzung des Jugendparlaments ist damit geschlossen.

(Anhaltender Beifall - Die Teilnehmerinnen und  
Teilnehmer erheben sich)

(Schluss: 13.45 Uhr)